**Bezugspreis**
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

**Morgen-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

**Nr. 43. Halle a. S., Mittwoch, den 27. Januar 1909.**

## Kaisers Geburtstag.

# Der fünfzigste Geburtstag ist für viele Menschen ein Tag des Ausruhens und der Rückerinnerung. Auch Kaiser Wilhelm II. wird an diesem Tage das Bedürfnis empfinden, einmal das, was er gewollt hat, mit dem zu vergleichen, was er erreichte. Dabei stellt sich denn wohl heraus, daß auch von den Blütenträumen des Kaisers nur wenige ausgereift sind. Er kam in verhältnismäßig jungen Jahren zur Regierung, und er hatte den Willen und die Hoffnung, die Stellung des Deutschen Reiches im Rate der Völker zu stärken und das deutsche Volk selbst wirtschaftlich und kulturell aufblühen zu sehen. „Herrlichen Zeiten" wollte er die Deutschen entgegenführen. Aber je länger je mehr erkannte er, daß nichts schwerer drückt, als die Last einer Krone. Der frohe Wagemut der Jugend ist auch bei Wilhelm II. im Laufe der Zeit einem Gefühl für die drückende Verantwortlichkeit gewichen, die er gerade aus dem hohen Bewußtsein seines Gottesgnadentums heraus besonders hart empfand. Schon im Jahre 1895 sprach er von den „schweren Pflichten", die er zu tragen habe. Dazwischen bekannte er sich freilich zu einem frischen Optimismus und erklärte, die „Schwarzseher" nicht dulden zu wollen. Aber im ganzen erkannte er doch die Schwierigkeiten seines Amtes um so mehr, je länger er die Kaiserkrone trug. Immer bestimmter indessen faßte er es als seine Aufgabe auf, dem Deutschen Reich den Frieden zu erhalten. Wilhelm II. hatte gerade in diesem Bestreben ein beträchtliches Mißtrauen zu überwinden, das ebenso in der Weltmachtstellung des Deutschen Reiches wie in der eigenen impulsiven Natur des Kaisers zu suchen war. Aus diesen Gründen hat es auch in den mehr als zwanzig Jahren, die Wilhelm II. die Zügel des Reiches führt, nicht an allerlei bedenklichen Verwicklungen, Mißverständnissen und Reibereien gefehlt, und auch jetzt ist der Horizont des Reiches keineswegs wolkenfrei. Aber die Ueberzeugung, daß das Deutsche Reich keinen Krieg vom Zaun brechen wird, sondern an seiner Friedenspolitik festhalten will, so lange die nationale Ehre und das vitale Interesse des Reiches es erlauben, ist doch heute — wenn man von den Böswilligen absieht — auch im Auslande zur Geltung gelangt. Dieser Friedenspolitik, wenn sie auch mit einer drückenden Rüstung zu Wasser und zu Lande erkauft werden mußte, ist es doch zu danken, daß das deutsche Volk in dieser Zeit einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung nahm und daß die Bevölkerung um ein Drittel wachsen konnte. Wie nach außen, so hat es auch, seit Wilhelm II. allzu rasch sich von dem Altreichskanzler trennte, in der inneren Politik an mancherlei Sprüngen und Zickzackwegen nicht gefehlt. Die Sicherheit und Stetigkeit ist nur zu oft vermißt worden. Auch kann in diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden, daß der Kaiser nur zu oft sich mit seiner Person in den Vordergrund stellte, wo er besser getan hätte, die konstitutionellen Formen zu beobachten. Diese persönliche Seite der kaiserlichen Politik hatte dann die Auseinandersetzungen des letzten November zur Folge, die noch heute die Beziehungen zwischen Kaiser und Volk trüben. Gerade weil Wilhelm II. nicht alles erreicht hat, was er erstrebte, weil es an Schatten draußen und drinnen nicht fehlt, muß am heutigen Tage um so mehr betont werden, daß das deutsche Volk dem guten Willen des Kaisers volle Gerechtigkeit zu teil werden läßt und gern bereit ist, sich ihm in gemeinsamer Arbeit für des Reiches Wohl zur Verfügung zu stellen.

Ein Kaiser sieht nicht alles, was wir sehen. Er wird nur zu oft von seiner Umgebung — geflissentlich — von der Berührung mit dem Volke fern gehalten. Schon mit der Erziehung fängt bei Fürsten die Abgeschlossenheit an ... Sie werden von der Welt getrennt erzogen. Ein paar Kadetten aus adeligen Familien, die man den Prinzen als Kameraden zugesellt, tun's nicht. Würde man Fürstenkinder schon frühzeitig auf den Tummelplatz mit gleichalterigen Knaben aus dem Volke schicken — manches Bild würde sich dann den späteren Trägern von Zepter und Krone so einprägen, das sie es dereinst — auf der steilen Höh', wo Fürsten stehn, nie wieder vergessen könnten.

Die „steile Höh'", von der herab zu dem Volke gesprochen wird, ist Schuld an Dissonanzen und Disharmonien. Dort oben ist so selten die Stimme der Wahrheit noch vernehmlich. Adjutanten und Minister haben nicht immer den Mut und die Pflicht, die Resonanz der Töne aus dem Weltmunde zu verstärken. Einer der größten Hohenzollern, die je auf dem Königsthron saßen, verdankt das, was er geworden, seinem Ringen nach Wahrheit. „Die Mehrzahl der Fürsten fürchtet sich, die Wahrheit zu vernehmen, Sie, mein Prinz, werden in derselben Unterricht erteilen ..." schrieb Voltaire, der Geistvollste der Tafelrunde, an Friedrich den Zweiten ...

Wenn der Kaiser ins Land reist, wird er festlich empfangen. Er sieht Flaggen und Guirlanden, hört sorgsam frisierte Reden. Was hinter den bekränzten Häusern liegt, sieht er nicht. — Dann muß sich doch dem Träger der Krone der Gedanke aufdrängen, daß jede Stadt ein Paradies für sich und jeder Mensch, der darinnen wohnt, sich von Nektar und Ambrosia nährt ... Ganz anders wär's, gingen die Monarchen, wie es der verstorbene Großherzog von Oldenburg tat oder wie es der hessische Großherzog vor einigen Jahren unternahm (als er am Christabend die Herberge zur Heimat aufsuchte) — mehr ins Volk hinein. Dann würden sie finden, daß manches, was ihnen als Strandgut dort entgegentreibt, doch des Ausbesserns wert ist von liebender Hand ...

Es sei uns erlaubt, mit diesem Wunsch, der aus königstreuem Munde stammt, heute vor des Thrones Stufen zu treten. Gleichzeitig mit diesem Wunsche erflehen wir von dem, der über den Sternen waltend sitzet, daß er seine schirmende Hand gnädig über des Kaisers Leben halte. Möge die Reife der Jahre den Kaiser mit Milde und Kraft zugleich erfüllen, damit er seiner hohen Aufgabe in immer höherem Maße gerecht werde!

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 26. Januar.

Am Ministertische: v. Moltke.
Haus und Tribünen sind gut besetzt.
Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

### Wahlrechtsanträge.

(Zweiter Tag.)

**Abg. Dr. Friedberg** (nl.):

Die gestrige Erklärung des Ministers ist so ausgefallen, wie wir erwartet hatten. Wenn man auf dem Standpunkt der Einführung des Reichstagswahlrechts steht, kann man allerdings sagen, daß Erhebungen nicht nötig seien. Wenn man aber, wie wir, eine Abstufung des Wahlrechts für nötig hält, kann man nur wünschen, daß Erhebungen vorgenommen werden. (Sehr richtig bei den Natlib.) Nur müssen wir wünschen, daß diese Erhebungen möglichst bald zum Abschluß gebracht werden. (Sehr wahr! bei den Natlib.) Meine Freunde sind nach wie vor durchaus abgeneigt der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Dagegen wollen wir das Reichstagswahlrecht selbst gegen alle Angriffe schützen. (Beifall bei den Natlib.) Für die geheime Abstimmung tritt die große Mehrheit meiner politischen Freunde geschlossen ein. Diejenigen von meinen politischen Freunden, die nicht unbedingt für die geheime Wahl eintreten, nehmen aber auch in diesem Punkte keine programmatische Stellung gegen das geheime Wahlrecht ein, sondern wollen nur abwarten, wie das Wahlrecht sich materiell gestaltet. Wenn sie dies übersehen können, wollen sie erst definitiv Stellung nehmen.

**Sicher ist, daß durch die öffentliche Abstimmung der Boykott möglich gemacht ist.**

Der Boykott ist der moralische Krebsschaden der Nation. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten zeigen, wenn sie ihn anwenden, daß sie die Freiheit, die sie für sich fordern, anderen nicht geben wollen (Sehr richtig!), daß sie für die bürgerliche Freiheit selbst noch nicht reif sind. (Lebhafter Beifall.) Auf der anderen Seite wollen wir nicht vergessen, daß oft auch ein Druck von oben zu konstatieren ist. Ich erinnere nur an die Vorgänge in Memel-Hendekrug und an Boykottversuche, die von konservativer Seite gemacht sind. (Abg. Hirsch, Soz., ruft: Davon haben wir eben gelernt! Heiterkeit.) Sie (zu den Soz.) haben aber Ihre Lehrer weit übertroffen. (Große Heiterkeit.) Sie haben das Detailgeschäft gleich in ein Engrosgeschäft umgewandelt. (Erneute Heiterkeit.) Den lebhaften Widerspruch der Konservativen gegen die Ausführungen des Fürsten Bülow über die Stellung der Beamten begreife ich nicht recht. Wie weit ein Beamter gehen kann, ist allerdings meist Sache des Taktes. Von diesem Gesichtspunkt aus wird auch das neuliche Verhalten des Oberpräsidenten von Ostpreußen zu beurteilen sein (Zustimmung links), der bei der Rede des Herrn v. Oldenburg anwesend war. Die Bevölkerungszahl darf bei einer Wahlkreiseinteilung nicht allein maßgebend sein. Da stimmen wir mit der Rechten und dem Zentrum überein. Die Ausführungen Ströbels waren von der Einseitigkeit, wie wir sie von der Sozialdemokratie gewöhnt sind. Der Zentrumsredner hat eigentlich gar nichts gesagt. Das Zentrum hat ja auch immer beim Wahlrecht so opponiert, daß es jede positive Beschlußfassung verhindert hat. Es hat sich zwar immer theoretisch für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, aber es hat nichts Ernstliches zu seiner Einführung getan. Nun zum konservativen Redner. (Ah! rechts.) Seine Ausführungen sind als eine

**Rücktrittserklärung vom Block**

und als ein wohlüberlegter Vorstoß gegen den Ministerpräsidenten angesehen worden. Wir werden diesenigen Konsequenzen ziehen, die uns aufgezwungen werden. Wir werden auch unseren Weg allein zu gehen verstehen. (Zurufe des Abg. Hoffmann.) Herr Hoffmann, wir glauben nicht, daß Sie ein solches staatsmännisches Verständnis haben, daß wir uns darin bei Ihnen Rat holen können. (Heiterkeit.) Das Wahlrecht soll sich nach dem konservativen Redner bewährt haben, weil es die Machtstellung der Konservativen bewahrt. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir fordern eine Aenderung des Wahlrechts, nicht weil wir eine andere Verteilung der Machtverhältnisse wünschen, sondern weil

**das jetzige Wahlrecht der Gerechtigkeit durchaus widerspricht.**

Uns hielt der konservative Redner die Stellung der alten rheinischen Liberalen zu dem jetzigen Wahlrecht vor. Er hat aber übersehen, daß sich die Verhältnisse gegen früher sehr geändert haben.

**Ist nicht im Laufe der Zeit das Wahlrecht durchaus morsch geworden?**

(Lebh. Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Was die Rechte nicht sehen will, ist, daß im Laufe der Zeit die Realsteuern aufgehoben und den Gemeinden überwiesen worden sind und daß Ihnen (nach rechts) trotzdem die Grundsteuern angerechnet werden, obwohl Sie sie nicht mehr bezahlen. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Wenn nur die Machtstellung der Konservativen gewahrt bleibt! (Lebhafter Beifall links; Unruhe rechts.) Nicht zu verstehen ist, wie der Abg. v. Richthofen gerade gestern so sehr sich dem Zentrum anschließen konnte, obwohl doch das Zentrum für das allgemeine Wahlrecht ist, wenigstens theoretisch. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Man will mit Gewalt von Seiten der Konservativen sich wieder dem Zentrum anschließen. Wenn ich aber die Wahl habe zwischen dem Christentum des Herrn Herold und dem des Freiherrn von Richthofen, so ziehe ich das des Herrn Herold vor. (Heiterkeit. Abg. Hoffmann, Soz., ruft: Alles wirbt um das Zentrum! Große Heiterkeit.) Wir Nationalliberalen sind gewohnt, so ziemlich gegen alle Fronten zu kämpfen. Wir haben aber auch stets Wert auf ehrliche Waffen gelegt. (Beifall bei den Natlib.) Ueberall haben sich aber die Konservativen mit dem Zentrum gegen uns verbunden. (Oho-Rufe rechts.) Sie haben sich mit demselben Zentrum verbündet, das

**im Westen mit der Sozialdemokratie zusammengeht.**

(Großer Lärm im Zentrum. Rufe: Beweise!) Die Beweise liegen klar auf der Hand. (Zuruf: Essen! Erneuter Lärm im Zentrum.) Herr von Richthofen hat erklärt, wir könnten leicht weitgehende Anträge stellen, weil wir wüßten, daß die Konservativen und der Mittelstand den Staat schützen.

**Der Mittelstand hat aber ein neues Wahlrecht am meisten nötig.**

(Sehr richtig! links.) Wir wollen die Konservativen nicht beseitigen. Wir bestreiten aber, daß die konservative Herrschaft notwendig ist. (Beifall links.) Sie sind nicht die einzigen Stützen des Thrones. (Beifall links.)

**Sie schützen nicht die Krone, Sie bevormunden sie.**

(Beifall links.) Jetzt haben Sie einen Kampf gegen den leitenden Staatsmann inszeniert. Ist das auch konservativ? (Sehr richtig! links.) Die englischen Konservativen haben zu rechter Zeit das Wahlrecht geändert. Sie hatten eben einen Staatsmann unter sich. Ob Sie von der Rechten jetzt einen solchen in Ihren Reihen haben, möchte ich sehr bezweifeln. (Lachen rechts; Beifall links.) Die gestrige Rede des Frhrn. v. Richthofen hat es wenigstens nicht bewiesen. (Lachen rechts. Sehr richtig! links.) Sie würden gut tun, wenn Sie sich zu einer Reform des Wahlrechts entschließen könnten. Sonst werden sie in der Geschichte dastehen als kurzsichtige, selbstsüchtige Partei. (Lebhafter Beifall links; Widerspruch rechts.)

**Entschließen Sie sich aber zu einer Reform, so werden Sie dem Lande einen großen Dienst erweisen.**

(Lebhafter Beifall links.)

**Abg. Dr. Wiemer** (fr. Vp.):

Inhaltlich hat uns die Erklärung der Regierung nicht genügt. Wir haben nicht erwartet, daß die Regierung gleich mit einer uns genehmen Vorlage kommen würde. Die Hauptsache ist zunächst, daß die Angelegenheit aus dem Stadium der schwebenden Erwägungen herauskommt. Den statistischen Erwägungen können wir eine so große Bedeutung nicht beimessen. Für die Vorarbeiten möchte ich aber bitten:

**Etwas mehr Dampf, Herr Minister!**

Für die Konservativen paßt wieder das alte Wort: Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut. Was der Abg. Ströbel gestern zur Rechtfertigung des Terrorismus der Sozialdemokraten bei der letzten Wahl gesagt hat, waren nur rethorische Finten und Lufthiebe. (Sehr gut! links.) Für die Behauptung des Abg. Ströbel, daß auch die Freisinnigen Terrorismus geübt hätten, konnte er auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Nach Ausführungen auf dem Nürnberger Parteitage soll der Terrorismus in Zukunft noch stärker angewandt werden. Nun kommen die Sozialdemokraten mit

**dem abgedroschenen Argument, sie hätten aus Notwehr gehandelt.**

Was haben Ihnen (zu den Soz.) denn die kleinen Geschäftsleute getan? Diese sind zufrieden, wenn Sie sie in Ruhe lassen. Wenn die Sozialdemokraten diesen Terrorismus hier noch verteidigen, so zeigt das nur,

**wie sehr sie heruntergekommen sind in der Wahl der Kampfmittel.**

(Lebh. Beifall.) Ohne eine Berücksichtigung der Bevölkerungszahl kann eine neue Wahlkreiseinteilung nicht erfolgen. Die Steuerleistung muß auch beachtet werden. Berlin zahlt allein ein Sechstel der gesamten Einkommensteuer. Wenn das jetzige Prinzip, entsprechend der Steuerkraft Wahlrecht zu gewähren, wirklich durchgeführt würde, müßte Berlin 70 Abgeordnete, nicht 12 wählen. Der Abg. v. Richthofen sagte uns, wir Freisinnigen würden verschwinden, wenn das allgemeine Wahlrecht käme. Im Reiche haben wir es doch; sind wir denn da verschwunden? Wir sind da stärker vertreten als die Sozialdemokratie. Weiter fragt der Abg. v. Richthofen, was wohl die Freisinnigen anfangen würden, wenn der Block zerfiele. Wir würden genau in derselben Position sein wie früher.

**Wir würden vielleicht in einer besseren Position sein als die Konservativen.**

Denn wir haben immer die Möglichkeit, eine Abwehrmöglichkeit mit anderen Parteien zu bilden, aber nicht die Konservativen. Der Abg. Herold hätte eigentlich gestern dem Abg. v. Richthofen zurufen müssen: Ach, Herr Abg. v. Richthofen, Sie irren sich in Ihren Empfindungen, wir sind ja im Gegensatz zu Ihnen für das allgemeine Wahlrecht. Aber so etwas tut der Abg. Herold nicht, denn bei dem Zentrum ist über einen reuigen Konservativen mehr Freude als über hundert gerechte Zentrumsmänner. (Zustimmung links und gr. Heiterkeit.)

**Wir sehen den Dingen, die da eventuell in Bezug auf den Block kommen sollen, mit kühler Gelassenheit entgegen.**

Wir werden auch unseren Weg allein finden. Die Taktik ist wandelbar, aber nicht unser Ziel: dem Bürgertum den Ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090127010/fragment/page=0001

fluß auf die Gesetzgebung zu verschaffen, der ihm gebührt. (Beifall links.) Der konservative Redner hat gestern ganz nach sozialdemokratischem Rezept behauptet, wir hätten ja auch am kommunalen Klassenwahlrecht fest. (Sehr richtig! rechts.) Unser Parteiprogramm beweist das Gegenteil. Die Rixdorfer Affäre kann gegen uns nicht ausgespielt werden, die Mehrheit der Rixdorfer Stadtverordneten steht der Rechten näher als uns, und die fünf freisinnigen Stadtverordneten, die den bekannten Beschluß mitgemacht haben, sind aus unserer Partei ausgeschlossen worden. Die Beweiskraft der gestrigen Ausführungen des Herrn v. Richthofen stand im umgekehrten Verhältnis zu der Ueberhebung, die er uns gegenüber und gegenüber der Regierung an den Tag legte. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Eine selbstbewußte Regierung müßte gerade nach der gestrigen Rede des Herrn v. Richthofen die Wahlrechtsreform sofort in Angriff nehmen. Auch das Herrenhaus zeigt eine ganz konservative Struktur, es paßt überhaupt nicht in das Gefüge des konstitutionellen Staates.

**Die Herrenhausfrage**

wird demnächst ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Herr v. Richthofen hat an Aussprüche des Fürsten Bismarck gegen das Reichstagswahlrecht erinnert; ich erinnere an einen anderen Ausspruch Bismarcks über das Dreiklassenwahlrecht. (Ironische Zurufe rechts: Aha, das elendeste aller Wahlsysteme!) Ja, meinetwegen auch an diesen Ausspruch, der mit aller wünschenswerten Klarheit die Schäden des preußischen Wahlrechts kennzeichnet. Aber auch in einer Ministerialverfügung verurteilte Bismarck das Landtagswahlrecht aufs schärfste. Wird unser Antrag abgelehnt, so werden wir für den nationalliberalen Antrag stimmen, in der festen Hoffnung, daß doch in absehbarer Zeit ein freiheitliches Wahlrecht auch für Preußen zustande kommt. (Lebh. Beifall links.)

**Präsident v. Kröcher:**

Nach dem stenographischen Bericht hat der Abg. Wiemer gesagt: „Wenn ein sozialdemokratischer Redner den Terrorismus noch verteidigt, so zeigt das nur, wie sehr Sie heruntergekommen sind in der Wahl der Kampfmittel.“ Man kann darüber streiten, ob das tatsächlich unparlamentarisch ist. Ich stelle deshalb fest, daß diese Wendungen die Grenze des Unparlamentarischen streifen.

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Im Schlußwort bemerkt

Abg. **Hoff** (frs. Vgg.):

Das ganze Wahlverfahren bei der Dreiklassenwahl ist dazu angetan, den Wählern das Wählen zu verleiden. Die Notwendigkeit der Aenderung der Wahlkreiseinteilung ist so sonnenklar, daß man nicht begreift, wie sie noch bestritten werden kann. Seit dem Bestehen des Wahlgesetzes ist das preußische Volk um 15 Millionen gewachsen. Diese 15 Millionen haben sozusagen keine politischen Rechte erhalten. Sie müssen sich mit den 17 Millionen, die beim Inkrafttreten des Wahlrechts das preußische Volk bildeten, in die politischen Rechte teilen. Jeder Preuße hat also heute nur etwa halb so viel politischen Einfluß wie der Preuße bei Erlaß der Verfassung. Die Vorherrschaft Ostelbiens in Preußen muß gebrochen werden. Das fürchten eben die Konservativen, deren große Mehrheit in Ostelbien gewählt sind. Was nützt es dem Mittelstand, daß er wählen kann, wenn er nicht frei wählen kann? Die Entrüstung der Rechten über die angebliche Gefährdung des Staatswohls durch eine gründliche Wahlreform ist nichts als eine Schaumblase. (Schlußrufe und Lachen rechts.) Ich bin am Schlusse angekommen. (Bravo! rechts.) Die Rechte warnt uns, wir würden erdrückt werden durch die Sozialdemokratie, wenn das Reichstagswahlrecht eingeführt wird. Wir fürchten das nicht. Aber diese Argumentation der Rechten entspricht ihrer ganzen Auffassung, daß die Sozialdemokratie hier keinen Eintritt finden dürfe. Glauben Sie denn, dadurch, daß Sie den Sozialdemokraten den Eintritt in dies Haus versperren, die Sozialdemokratie zu überwinden? Das ist doch reine Vogelstraußpolitik. Wer den inneren Frieden in Preußen und Deutschland will, wer den Riß in unserem Volke schließen will, der muß mit uns der Ueberzeugung sein, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung allein uns dazu führen kann. (Beifall links; Gelächter rechts.)

Abg. **Switala** (Pole) verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung werden der freisinnige und der polnische Antrag gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen, des Zentrums und eines Teils der Nationalliberalen abgelehnt. Vom nationalliberalen Antrag wird die Ziffer 1, die die Einführung des Pluralwahlrechts fordert, gegen die Stimmen der Nationalliberalen und des Abg. v. Moltke (frk.) abgelehnt. Die Abstimmung über Ziffer 2 des nationalliberalen Antrages (Forderung der direkten Wahl) bleibt zweifelhaft; für diesen Teil des Antrages stimmen die gesamte Linke — Nationalliberale, Freisinnige, Polen, Sozialdemokraten — und das Zentrum. Das Abstimmungsergebnis wird durch Hammelsprung festgestellt. Für Ziffer 2 des nationalliberalen Antrages stimmen 165, dagegen 168 Abgeordnete. Damit ist auch Ziffer 2 abgelehnt. Ziffer 3 des nationalliberalen Antrags (geheime Wahl) wird gegen die Stimmen des Zentrums und der gesamten Linken sowie die Stimme des Abg. Engelbrecht (frk.) abgelehnt, ebenso Ziffer 4 (Aenderung der Wahlkreiseinteilung) gegen die Stimmen der Linken.

## Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffenamt.

Es folgt die Beratung des Antrages Schiffer (nl.), der verlangt, daß bei der Umgestaltung des Gerichtsverfassungsgesetzes der Ausschluß der Volksschullehrer von der Berufung zum Schöffenamt beseitigt oder erheblich eingeschränkt werde.

Abg. **Schiffer** (nl.):

Es ist sehr erfreulich, daß die Geschäftslage uns erlaubt, diesen Antrag endlich zu erörtern. Nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung ist leider eine großer Teil von Personen, die für das Schöffenamt besonders befähigt sind, von diesem Amte ausgeschlossen. Das muß anders werden. Insbesondere den Volksschullehrern muß das Schöffenamt erschlossen werden. Ihr Ausschluß im Schöffenamt wird im Gesetz mit den Interessen und Bedürfnissen der Schulverwaltung begründet. Das ist keine zureichende Begründung. Beim Geschworenenamt liegt die Sache ja anders: hier würde der Lehrer seiner Berufstätigkeit gleich auf eine ganze Reihe von Tagen entzogen werden. Beim Schöffenamt ist das nicht der Fall. Beim Erlaß des Gerichtsverfassungsgesetzes hatte Preußen überwiegend einklassige Volksschulen. Damals war ein generelles Verbot der Schöffentätigkeit der Lehrer zu rechtfertigen. Inzwischen aber hat die Zahl der einklassigen Schulen bedenklich abgenommen, und ohne Störung des Schulbetriebes können viele Lehrer Schöffenrichter sein. Die Lehrer eignen sich sehr gut zum Schöffenamt, vornehmlich auch bei den Jugendgerichten. Wenn Gymnasial- und Mittelschullehrer als Beisitzer dieser Gerichte besonders geschätzt werden, warum nicht auch die Volksschullehrer, die doch in der Psychologie des Kindes viel erfahrener sind als die akademischen Lehrer? Nicht nur um der Lehrer, sondern auch um des Interesses der Allgemeinheit willen bitte ich um Annahme unseres Antrages. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **v. Tilly** (kons.):

Wenn wir auch die Lehrer für ein ausgezeichnetes Material zur Besetzung von Schöffenämtern halten, so sind wir doch nicht in der Lage, den Antrag unverändert anzunehmen. Wir wünschen darum, daß der Antrag einer Beratung von der Unterrichtskommission unterzogen wird, damit da eventuell eine bessere Form des Antrages gefunden wird.

Abg. **Mertin**-Oels (frk.):

Der jetzige Zustand entspringt nicht einer Unterschätzung des Lehrerstandes, sondern dem Staatsinteresse. Wenn wir jetzt die Angelegenheit neu regeln, so darf diese Regelung nicht allein den Lehrern in den großen Städten zugute kommen. Wie wir bei der Besoldung der Lehrer eine Gleichstellung in Land und Stadt anstreben, so muß auch hier bei dieser Sache der Grundsatz maßgebend sein: gleiches Recht für alle Lehrer.

Abg. **Marx** (Ztr.):

Es muß dem Lehrer gesetzlich die Möglichkeit gegeben werden, als Schöffe berufen zu werden. Aber andererseits muß der Aufsichtsbehörde das Recht zustehen, zu entscheiden, ob dieser Einberufung als Schöffe nicht allgemeine Staatsinteressen entgegenstehen. Eine gleiche Behandlung von Stadt- und Landlehrern ist hier notwendig. Den Lehrer möchte ich aber nicht als Richter der Jugendgerichte sehen, da er sonst mit den Eltern der Schüler leicht in Konflikte kommt. Dagegen würde ich ihn gern als Sachverständigen der Jugendgerichte sehen.

Abg. **Waldstein** (frs. Vgg.):

Man sollte die Lehrer unter den Beamten, die nicht zu Schöffen berufen werden können, streichen und so gesetzlich die Möglichkeit allgemein schaffen, daß der Lehrer Schöffe werden kann. Ob der Lehrer unentbehrlich in seinem Amte ist, das könnte der Vertrauensausschuß prüfen und danach seine Wahl treffen. Der jetzige Ausnahmezustand der Lehrer muß aber schlechthin beseitigt werden.

Nach einem Schlußwort des Antragstellers Abg. Schiffer (nl.), in dem er die Ansicht zurückweist, daß die Landlehrer schlechter behandelt werden sollen als die Stadtlehrer, geht der Antrag an die Unterrichtskommission.

Der Gesetzentwurf betr. Aenderung des Gesetzes über die Landeskreditkasse zu Kassel wird debattelos in erster Lesung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: Kleinere Vorlagen und 2 Lesung der Beamtenbesoldungsvorlagen.

Schluß 4½ Uhr.

# Deutscher Reichstag.

194. Sitzung am 26. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der

## Post-Dampfer-Subventions-Vorlage

(Hauptlinie Australien-Hongkong über Neu-Guinea, Anschlußlinie von Neu-Guinea nach Singapore).

### Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Wir haben Ihnen diese vorjährige Vorlage von neuem vorlegen müssen. Hauptsächlich im Interesse unserer Schutzgebiete. Ich habe den Eindruck im Vorjahre gehabt, als sei damals die Ablehnung nur erfolgt im Hinblick auf die ungünstige finanzielle Lage. Der Norddeutsche Lloyd hat aber den Nachweis geliefert, daß er vom kaufmännischen Interesse aus unmöglich diese Linien weiter aufrecht erhalten könne, wenn nicht die Subvention erlöst wird. Und wir können es nicht verantworten im Interesse unserer deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen, diese Verbindungen wieder zurückzuschrauben lediglich auf die mit Singapore. Sparsamkeit am unrechten Orte ist nicht ratsam. Hier namentlich nicht mit Hinsicht auf unsere Besitzungen in Neu-Guinea, die sich wirtschaftlich entwickeln. Wir werden sonst nicht nur diese Entwickelung aufhalten, sondern auch die finanziellen Verhältnisse zwischen Neu-Guinea und dem Reiche verschieben und die Zeit verzögern, wo Neu-Guinea finanziell unabhängig sein wird vom Reiche. In der Kommission wird Ihnen nochmals vorgeführt werden, wie große Risikos der Lloyd schon eingegangen ist. Bewilligen Sie die Summe, sie wird gut angelegt sein.

Abg. **Semler** (natl.):

Ich beantrage Vorberatung in der Budgetkommission. Es ist von einem Unternehmen wie dem Lloyd nicht zu verlangen, daß er jährlich bei den betreffenden Linien bis zu einer halben Million zusetzt. Zieht sich der Lloyd auf die Singapore-Linie zurück, so fällt die Verbindung mit Hongkong weg. Unsere Schutzgebiete haben dann statt der vierwöchentlichen Verbindung nur eine achtwöchentliche, und was das bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. Auch politisch ist es nicht bedeutungslos, wenn die deutsche Flagge mehr oder weniger aus der Südsee verschwindet. Es handelt sich hier ja überhaupt nicht um eine Subvention für ein hilfsbedürftiges Gewerbe, sondern nur um einen Ausgleich des Umstandes, daß die Dampfer große tote Strecken durchfahren müssen, um zum Ziele zu gelangen.

Abg. **Hahn** (kons.):

Auch meine Freunde stimmen der Verweisung an die Budgetkommission zu. Zu dem Grundgedanken der Vorlage, der Subvention, haben wir schon 1898 Stellung genommen. So lange England, Frankreich Subventionen zahlen, werden wir der Konkurrenz halber dasselbe tun müssen. So lange man nur den gegenwärtigen Augenblick ins Auge faßt, könnte man ja Pessimist sein und befürchten, daß die Subvention für die Verbindung mit Ostasien sich nicht lohnt. Sieht man nun in die Vergangenheit zurück, so liegen die Dinge anders, da sieht man die eingetretene Entwickelung. Würde es sich um eine Ausgabe ohne Gegenwerte handeln, so würde ich Bedenken tragen, aber hier handelt es sich tatsächlich um eine werbende Anlage. Freilich meinen wir auch: wenn das Reich für die Großschiffahrt, die Exportindustrie, den Massenverkehr solche Aufwendungen macht, so fordern wir auch dasselbe für die Kleinschiffahrt, und daran hat es bisher bei uns gefehlt. Unsere Küstenschifferei hat nicht die genügende Fürsorge gefunden. Man hat billigere holländische Schiffer genommen, wenn es Aufträge für das Reich galt. Das darf nicht mehr sein. Die Verträge mit Unternehmern müssen fortan so abgeschlossen werden, daß sie unbedingt deutsche Schiffer zu Hilfe ziehen müssen. Noch eins; was ich als Preuße sagen muß. Hamburg besitzt eine große Ueberlegenheit. Trotzdem ist es weder früher zu den Kosten des Nordostseekanals herangezogen worden, noch auch jetzt zu den Kosten der Erweiterung des Kanals. Aehnliches gilt von Bremen. Zum Schlusse, meine Herren, noch eins: der frühere Abg. Frese ist jüngst aus dem Leben abgerufen, es ist noch nicht sehr lange her, daß ich mit ihm auf einer gemeinsamen Reise plauderte und er mir lebhaft schilderte, wie hart der deutsche Kaufmann, der deutsche Reeder zu arbeiten habe im Vergleich zu den Engländern. Mitten aus der Arbeit ist unser früherer Kollege abgerufen, seine Mitbürger haben ihn in glänzender Weise geehrt, als sie von ihm den letzten Abschied nahmen. Auch wir hier bewahren ihm ein ehrendes Andenken; und wir wollen sein Wort in Ehren halten: der deutsche Kaufmann, der deutsche Reeder arbeitet härter, als der Engländer. Bedenken wir dies, unterstützen wir auch unsere Reederei, es wird sich lohnen.

Abg. **Erzberger** (Zentr.)

erklärt, seine Freunde lehnten die Vorlage ab aus finanziell-prinzipiellen Gründen. Die finanzielle Lage des Reiches sei zu ungünstig, um solche Aufwendungen zu machen. Nationale Bedenken kämen nicht in Betracht; auch bei Ablehnung der Vorlage werde die deutsche Flagge in der Südsee genügend vertreten sein. Sei es wirklich richtig, daß der Lloyd soviel zusetze, so könne man ihn vielleicht in seinen vertraglichen Verpflichtungen etwas erleichtern. Bei welchen Paragraphen das vielleicht geschehen könne, vermöge er im Augenblick allerdings nicht zu sagen. Uebrigens scheine es doch, daß der Lloyd auf seinen Gesamtlinien nach Ostasien mit Betriebsgewinn arbeite, und nicht mit Betriebsverlust. Darüber sei in der Kommission Klarheit zu fordern, ebenso über eine Reihe anderer Fragen, u. a. darüber, ob es wahr sei, daß für die Subventionsdampfer eine französische Schokoladenfirma das Monopol habe. Daß die jetzige Vorlage besser begründet sei, als die vorjährige, sei zuzugeben. Sei doch auch das Missionsinteresse mit herangezogen worden. Aber mit diesem Interesse ständen die in Neu-Guinea erhobenen hohen Einfuhrzölle schlecht in Einklang.

Abg. **Hormann** (Frs. Vp.):

Herr Hahn sprach von der billigen Konkurrenz der holländischen Schiffer. Ja, woher kommt es denn, daß die Holländer leistungsfähiger sind? Davon, daß die Lebensmittel in Holland billiger sind. Herr Hahn sprach sehr liebenswürdig von Bremen, weniger von Hamburg. Nun, wir Bremer neiden den Hamburgern die Vorteile, die Hamburg von der Nähe des Nordostseekanals hat, keineswegs. Und Herr Frese wäre der letzte gewesen, der diesen Zwiespalt in die Debatte geworfen hätte. Was die Vorlage anlangt, so kommt für uns dabei nicht das Interesse eines einzelnen Unternehmens in Betracht, sondern einzig das allgemeine Reichsinteresse. Und wir werden sehr froh sein, sobald erst einmal die Entwickelung der Verhältnisse es dem Lloyd erlaubt, auf die Subvention zu verzichten. Soviel steht fest: der Lloyd schneidet günstiger ab ohne die Subventionslinien. Wenn wir im Reiche unsere in der Südsee angelegten Kapitalien nutzbringend verwenden wollen, dann muß jedenfalls die Ostasiatische Linie erhalten bleiben. Es kann uns auch absolut nicht einerlei bleiben, welche Flagge dort dominiert, ob dies die deutsche ist, oder die japanische, die bereits die ganze Welt umspannt. Von besonderer Wichtigkeit für den Südsee-Copra-Handel ist der Markt in Singapore, und ein mir vorliegendes Schreiben betont ausdrücklich, wie nachteilig es wäre, wenn die Copra von dem Markt in Singapore abgeschnitten und lediglich auf Sydney angewiesen würde. Die Fortsetzung nach Japan aufzugeben, wäre das Verkehrteste, was wir tun könnten; die Japaner würden sich sofort dieser Linie bemächtigen. Herr Erzberger behauptete, der Lloyd habe in dem gesamten Subventionsverkehr Betriebsgewinne erzielt. Das ist unrichtig. In 8 Jahren hat der Lloyd auf den Subventionslinien zugesetzt 6 719 000 Mk. Davon gehen ab 2 160 000 Mk. Subvention, bleiben 4 559 000 Mk. Verlust. Also, der Lloyd würde diesem ganzen Subventionsverkehr keine Träne nachweinen. Aber das Interesse des dort investierten deutschen Kapitals erfordert den Fortbestand der Linien. Wenn der Lloyd günstigere Bedingungen, namentlich die Möglichkeit von stärkeren Einfuhren nach Deutschland erhalten könnte, dann würde uns das natürlich angenehm sein. Aber gerade Herr Hahn wünscht ja diese Einfuhr-Erschwerungen beibehalten zu sehen. Alles in allem, m. H., das Interesse des Reiches erheischt diese Vorlage. (Beifall.)

Staatssekretär **Dernburg:**

Für unsere dortigen Unternehmungen würde es einen Zusammenbruch bedeuten, wenn sie auf einmal von dem großen Weltverkehr abgeschnitten oder doch von einmonatlichem auf zweimonatlichen Verkehr herabgesetzt würden. Um so mehr freut mich die Stellung, die die meisten Redner heute eingenommen haben. Herr Erzberger mahnte zur Sparsamkeit in Neu-Guinea und meinte, wir machten dort zuviel kostspielige Experimente. Das trifft nicht zu. Es ist auch gefragt worden von Herrn Erzberger, was 1914 geschehen solle. Ich teile da durchaus den Standpunkt eingelner Vorredner: keine Subvention ohne Gegenleistung! Aber bei den wechselnden wirtschaftlichen Peripetieen würde ich für mein Teil nicht zu sagen wagen, was 1914 zu geschehen hat. Früher hat man z. B. von Japan in Australien nicht gesprochen. Jetzt ist das anders, und wie wird es erst in fünf Jahren sein. Ich würde es daher auch jedenfalls nicht unternehmen, die japanischen Linien eingehen zu lassen.

Abg. **Noske** (Soz.):

Wir lehnen die Vorlage ab, weil sie eine Gesellschaft unterstützt, die in unerhörtester Weise ihren Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthält. Jeder neunte Mann auf den Kauffahrteischiffen ist ein Farbiger und 10- bis 15 000 deutsche Seeleute fahren wegen der eigenartigen nationalen Politik unserer Schiffahrtsunternehmungen unter fremder Flagge.

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vg.)

stimmt in der Frage der Farbigen und des Koalitionsrechts dem Vorredner zu und hält eine gründliche Prüfung der Vorlage für nötig. Warum fehlen in der Begründung alle Angaben über die Betriebsergebnisse des Lloyd; er scheint durch allerlei Abschreibungen die Rentabilitätsziffern herabgedrückt zu haben. Unser Handel in der Südsee ist ohne große Bedeutung. Die Drohung des Lloyd, den Betrieb einzustellen, ist nicht ernst zu nehmen. Die Verbindung Neu-Guineas mit Hongkong hat wenig Wert. Ein glattes Nein sagen wir nicht; unser Ansehen draußen darf keine Einbuße erleiden.

Abg. **v. Dirksen** (Rp.):

Herr Raab hätte sich seine ganze Rede sparen können, unser nationales Ansehen würde zweifellos schwer geschädigt werden. Vielleicht läßt sich die Subventionssumme auf den Kolonialetat übernehmen.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung des sozialdemokratischen Antrages über die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter und des Gesindes.

Schluß nach 5½ Uhr.

# Deutsches Reich.

## Landtagsabschied in Sachsen.

Nachdem die beiden sächsischen Kammern die Umgestaltung des Wahlrechts zu Ende geführt haben, ist gestern die feierliche Schließung des Landtags durch König Friedrich August erfolgt. Ueber den feierlichen Akt und die Thronrede wird, wie folgt, berichtet:

**Dresden**, 26. Jan. Heute mittag 1 Uhr wurde der Landtag im Thronsaal des Residenzschlosses vom König feierlich geschlossen. Der Präsident der ersten Kammer Graf Vitzthum brachte ein Hoch auf den König aus, der die Thronrede verlas. Die Thronrede gedenkt zunächst der Königin-Karola-Gedächtnisstiftung welche die Stände ins

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090127010/fragment/page=0002

Leben gerufen haben, damit die Wohltätigkeitswerke der Königin fortbestehen. Dann spricht die Rede von der Wahlrechtsreform, die im Volke Verständnis finden möge, von der Jugend-Fürsorgeerziehung, vom Berg- und Wassergesetz usw. Mit besonderer Betonung gedenkt die Rede der Reform des Besoldungswesens und der Wohnungsgeldzuschüsse der Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer. Weiter heißt es, daß es Sache der Regierung sei, wieder bezüglich der Staatsverwaltung mit allem Nachdruck dem Antrage nachzugehen, Mittel zur Vereinfachung der Organisation und im Verfahren eine wesentliche Ersparnis an persönlichen Ausgaben zu erzielen. Bezüglich der Finanzreform im Reiche sagt die Thronrede, daß es hoffentlich gelingen werde, das Reformwerk durchzuführen. Ein Scheitern wäre ein nationales Unglück. Zu einer Verständigung zwischen Reich und Bundesstaaten werde man sicherlich kommen, ohne durch die Wahl der Deckungsmittel die Stellung zu beeinträchtigen, welche dem König und der Regierung, dem Landtage und dem Lande innerhalb des Reiches nach den Grundsätzen der Reichsverfassung zukommen. Nach der Thronrede erfolgte die Verlesung des Landtagsabschieds. Nunmehr erklärte Staatsminister von Rüger den Landtag für geschlossen. Der König verließ im feierlichen Zuge den Thronsaal, wobei der Präsident der Zweiten Kammer Geheimrat Mehnert ein Hoch auf den Monarchen ausbrachte.

### Nachlaßsteuer und Hausbesitzer.

Zur Nachlaßsteuer hat der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin auf die Ungleichheiten hingewiesen wird, die zwischen dem städtischen Haus- und Grundbesitz und dem ländlichen geschaffen werden sollen. In dieser Hinsicht heißt es in der Eingabe:

> Es kann nicht als gerechtfertigt empfunden werden, wenn die dem Reichstage unterbreiteten Reformgesetze ebenso wie schon das Erbschaftssteuergesetz vom 3. Juni 1906 zwischen dem landwirtschaftlichen Grundbesitz einerseits und dem städtischen Hausbesitz andererseits einen Unterschied zu Ungunsten des letzteren machen. Diese Zurücksetzung des städtischen Hausbesitzes gegenüber dem ländlichen Grundbesitz tritt schon beim Erbschaftssteuergesetz vom 3. Juni 1906 hervor, einmal in der Bemessung des steuerpflichtigen Wertes der ländlichen und städtischen Grundstücke, andererseits in der Behandlung der landwirtschaftlichen Grundstücke bei mehrmaligem Erbgang.

Die Eingabe legt dies im einzelnen näher dar und schließt dann mit der Bitte:

> Der Hohe Reichstag möge die ihm vorgelegten Entwürfe eines Nachlaßsteuergesetzes und eines Gesetzes wegen Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 dahin ändern, daß 1. hinsichtlich der Stundung der Erbschafts- und Nachlaßsteuer, 2. hinsichtlich der Bemessung des Satzes der Erbschafts- und Nachlaßsteuer bei wiederholtem Erbgang desselben Grundstücks, 3. hinsichtlich der Berechnung des steuerpflichtigen Wertes kein Unterschied zwischen städtischen Hausgrundstücken und den land- oder forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken gemacht wird.

### Die Lehrerbesoldungskommission des Abgeordnetenhauses

hielt am Dienstag vormittag noch eine dritte Lesung ab, in der die Beschlüsse der zweiten Lesung in einzelnen Punkten abgeändert wurden. Vor allem wurde die Zahl der Orte, die Ortszulagen gewähren können, erhöht. Es wurde beschlossen, die §§ 19 und 20 wie folgt zu fassen:

§ 19. 1. Schulverbände können die Gewährung pensionsfähiger Ortszulagen an ihre sämtlichen Lehrkräfte oder einzelne der in diesem Gesetze bezeichneten Arten beschließen, falls in ihnen die am 1. Januar 1909 in Geltung gewesene Besoldungsordnung für Lehrer — abgesehen von den Inhabern besonders gearteter Schulstellen — an Grundgehalt und Alterszulagen ein Endgehalt von 2800 Mk. oder mehr oder ein Endgehalt vorsieht, das unter nochmaliger Zurechnung des vollen Grundgehalts 4000 Mk. oder mehr beträgt. Bei vereinigten Kirchen- und Schulämtern ist nur das reine Lehrergrundgehalt (Grundgehalt abzüglich der Vergütung für kirchliche Mühewaltung) zu berücksichtigen. 2. Die gleiche Befugnis steht kreisfreien Städten auch dann zu, wenn in ihnen die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.

§ 20. 1. Schulverbände, die dergestalt in der Umgebung von Schulverbänden der in § 19 gedachten Art liegen, daß sie mit ihnen eine wirtschaftliche Einheit bilden, können ihren Lehrkräften pensionsfähige Ortszulagen insoweit bewilligen, als letztere Schulverbände hierzu befugt sind, sofern auf ihren Antrag der Provinzialrat nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde das Vorliegen dieser Voraussetzung festgestellt hat. 2. Schulverbänden, die dergestalt in der Umgebung außerpreußischer Gemeinden mit mehr als 30 000 Einwohnern liegen, daß sie mit ihnen eine wirtschaftliche Einheit bilden, kann durch den Unterrichtsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister das Recht beigelegt werden, ihren Lehrkräften pensionsfähige Ortszulagen gemäß § 19 zu bewilligen.

Außerdem wurde folgender § 20 a) beschlossen:

1. Durch die Ortszulagen darf das bisherige Endgehalt — unbeschadet der Amtszulagen — für die Lehrerstellen um höchstens 900 Mk., jedoch nicht über 4200 Mk. hinaus, für die Lehrerinnenstellen um höchstens 600 Mk., jedoch nicht über 2950 Mk. hinaus, erhöht werden. In Schulverbänden, in denen das Endgehalt der Lehrer durch Ortszulagen auf 4200 Mark erhöht werden kann, darf das der Lehrerinnen auch um mehr als 600 Mk. bis auf 2950 Mk. erhöht werden. 2. Den Schulverbänden bleibt die Bestimmung darüber überlassen, ob und in welcher Weise der Beginn und die Höhe der Ortszulagen von der Erreichung einer bestimmten Dienstzeit abhängig gemacht, auch für einzelne Arten von Lehrkräften verschieden gestaltet werden sollen. Wo die Amtszulagen der in § 22 Abs. 1 bezeichneten Schulleiter den Mindestsatz nicht überschreiten, sind ihnen innerhalb der Grenzen des Abs. 1 bei der Einführung von Ortszulagen höhere Beträge als den übrigen Lehrpersonen zu gewähren.

In dieser Fassung wurde das Gesetz in der dritten Lesung angenommen. Hinzugefügt wurde folgende Resolution:

Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, den mit voller Leitungsbefugnis ausgestatteten Leitern von Schulen mit 6 oder mehr aufsteigenden Klassen grundsätzlich die Amtsbezeichnung Rektor, anderen Schulleitern und solchen ersten Lehrern an Volksschulen mit drei oder mehr Lehrkräften, denen Leitungsbefugnisse übertragen sind, soweit sie nicht die Amtsbezeichnung Rektor führen oder erhalten, grundsätzlich die Amtsbezeichnung Hauptlehrer beizulegen.

## Die mittleren Beamten im auswärtigen Dienst.

* Zu diesem aktuellen Thema der Neugestaltung des auswärtigen Dienstes läßt sich die „Köln. Ztg." von augenscheinlich wohlinstruierter Seite über die Stellung der mittleren und Kanzlei-Beamten schreiben: „Die mittlere Beamtenschaft umfaßt etwa 70 Prozent des Gesamtapparates im auswärtigen Dienst. Deutlicher noch als aus ihrer Zahl ergibt sich die Wichtigkeit dieser Klasse aus ihrer Tätigkeit. Wohl nur wenige Chefs bearbeiten jedes Detail des Dienstes persönlich. Neben den Subalterngeschäften liegt der in Rede stehenden Kategorie also auch noch die Expedition unter Umständen bis zur Erledigung sämtlicher laufenden Geschäfte ob. Um einen solchen Dienst aber in genügender Weise leisten zu können, sind Auffassungs- und Anpassungsfähigkeit, eine gute allgemeine Bildung, besondere Sprachkenntnisse, sowie gewandte, auf einer guten häuslichen und gesellschaftlichen Erziehung beruhende Formen erwünscht. Daß der Wert dieses Materials oft nicht richtig eingeschätzt wird, liegt vielleicht zum Teil an der verschiedenartigen Zusammensetzung der Elemente. Da sieht man der Herkunft nach Freiherren, unbetitelte Edelleute, Söhne aus Patrizierhäusern wie „gutbürgerlichen" Familien, Abkömmlinge kleinbürgerlicher Kreise wie vom Bauernschlag, der wissenschaftlichen Bildung nach Akademiker, Kaufleute, Landwirte und Lehrer und, obschon die Stellen nicht zu denen gehören, die den Militäranwärtern vorbehalten sind, findet man auch eine Anzahl solcher. Nichts aber ist unter unsern Verhältnissen leichter geeignet, einer ganzen Beamtenkategorie höchst ungerechtfertigter Weise einen besonders subalternen Schein zu geben, als die Tatsache, daß sich „alte Unteroffiziere" in ihr vorfinden.

Schlimmer ist, daß selbst maßgebende Stellen die mittlere Beamtenlaufbahn unterschätzen. Was nützen alle Titel, so lange ein preußischer Minister um einen „Mann subalterner Bildung und Anschauung" zu charakterisieren, ihn gelegentlich mit „einem Rechnungsrat, der den Kavalier spielen will", vergleicht. (Hohenlohes Memoiren, II, 328.) Nirgends ist ein unsoziales Gebahren höherer Beamter weniger angebracht als im Auslande. Wiederholt wurde von andern Seiten auf die falsche Behandlung der mittlern Beamten hingewiesen, ohne daß der erwünschte Erfolg bisher erzielt worden wäre. Bemerkenswert erscheint, daß die höhern Beamten, die solche Prinzipien unter Umständen recht unbemäntelt zur Schau tragen, oft solche sind, die selbst gewissermaßen das Emporkömmlingstum in der Karriere darstellen.

Die Schuld an all diesem trägt das System. So lange man sich nicht darüber klar ist, ob man einen Stand pflegen will, dem intelligente, arbeitsame, wohlerzogene Menschen in einer Lebensstellung angehören wollen, so lange wird es hier nicht besser werden. Im allgemeinen lassen sich in dem vorhandenen Material zwei breite Schichten feststellen, von denen sich die eine mehr für geistige Arbeit, die andere mehr für mechanische Geschäfte eignet. Eine strengere Scheidung in mittlere und in Kanzleibeamte erscheint daher sehr möglich. Warum also nicht einen der Klasse der Expedienten an der Zentrale ähnlichen Stand von Expedienten des Auslandsdienstes bilden? — Ferner müßte endlich die etatsmäßige Anstellung nach einer bestimmten Maximaldauer diätarischer Probe- und Ausbildungszeit in feste Normen gebracht werden. Gerade hierin scheint zurzeit noch völlige Willkür zu herrschen. Und gar das etwaige Aufrücken aus den mittlern in höhere Stellungen ist überhaupt noch nicht angerührt worden.

Ein weiterer der Neuordnung bedürftiger Punkt sind die Gehaltsverhältnisse. Man vergleiche folgende Gehälter außeretatsmäßiger Kanzlisten bei einzelnen Konsulaträmtern: Petersburg 5 Kanzlisten mit einem zwischen 1300 und 1950 Mk. schwankenden Gehalt; Konstantinopel 1800 bis 2400 Mk.; Amsterdam 1200 bis 2000 Mark; London im Durchschnitt 2300 Mk.; Paris 2175 Mark; mit den bei folgenden Missionen für gleichartige Beamte gezahlten Gehältern: Petersburg 7150 Mk.; Konstantinopel 4680 Mk.; Haag 4800 Mk.; London 5400 Mk.; Paris 6000 Mk. Auch auf die Lokalverhältnisse scheint durchaus nicht überall Rücksicht genommen. Man kann von einem und demselben Beamten gelegentlich hören, daß er an einem Posten hat auskömmlich leben können, auf einem andern hat zusetzen müssen.

### Abgelehnte Bismarck-Ehrung.

Wie aus Offenbach a. M. berichtet wird, hat es die dortige Stadtverordnetenversammlung nach Mitteilung der „D. T." einstimmig abgelehnt, einen Beitrag für das Bismarck-Nationaldenkmal zu bewilligen.

### Die deutschen Flottenübungen in dänischer Beleuchtung.

Aus Schleswig-Holstein wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Die Erklärungen des dänischen Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Neergard über die Uebungen der deutschen Kriegsschiffe und Torpedoboote in den Belten haben das konservative Organ „Vort Land" zu heftigen Widersprüchen veranlaßt. Die Aeußerung des Ministers, daß die Belte Durchgangspassagen und internationale Fahrwasser seien, und daß jeder das Recht habe, Uebungen darin vorzunehmen, wird als das kompromittierendste Zugeständnis bezeichnet, das jemals von einem dänischen Marineminister gemacht worden sei. Der Minister meint, „Vort Land" gebe von vornherein jeden Gedanken auf, das Hoheitsrecht Dänemarks über sein Seeterritorium zu wahren, während er Deutschland das Recht zugestehe, alle dänischen Gewässer in Besitz zu nehmen für seine Uebungen. Offenbar auf diese Angriffe hin hat der Ministerpräsident Neergaard ein Schreiben an die „Nationaltidende" gerichtet, worin er festzustellen bittet, daß das Interview, welches das Blatt kürzlich gebracht hat, ein Auszug aus einem längeren Gespräch sei, und daß der Wortlaut ihm nicht zur Gutheißung vorgelegen habe, so daß er für die Form des Interviews nicht verantwortlich gemacht werden könnte, aber bezüglich der damals dem Minister bekannt gewordenen Tatsachen über die Uebungen in den Belten räumte der Verteidigungsminister die vollkommene Richtigkeit der Darstellung ein. Die englische Presse verfolgt die Debatte in den dänischen Blättern mit sichtlichem Interesse, „Morning Post" veröffentlicht ein Telegramm ihres Kopenhagener Mitarbeiters, der mit einer hochstehenden politischen Persönlichkeit gesprochen hat. Dieser sagt: „Was die deutschen Kriegsschiffe in letzter Zeit in unseren Gewässern vorgenommen haben, kann nicht leicht als ein Bruch des Völkerrechtes angenommen werden, aber es zeigt, wie schnell Deutschland im Falle eines Krieges mit seinen westlichen Nachbarn (England und Frankreich) sich in den Besitz der Zugänge zur Ostsee setzen und sie durch Kriegsschiffe und Minen sperren kann."

## Parlamentarisches.

**Ueber die Novelle zum Bankgesetz** verlautet, daß diese in den Beratungen des Bundesrates wesentliche Aenderungen nicht erfahren hat. Sie wird mithin dem Reichstage im wesentlichen in der bereits früher gemeldeten Form zugehen und als wichtigste Bestimmungen die Verstärkung des Reservefonds der Reichsbank, die Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents und die gesetzliche Zahlkraft der Reichsbanknoten, selbstverständlich unter voller Aufrechterhaltung der Einlösungspflicht der Reichsbank, enthalten.

## Schule.

### Gegen die weibliche Schulleitung.

Der Verband der Philologen an öffentlichen höheren Mädchenschulen Preußens nahm auf seiner Tagung in Essen einen Beschluß an, in dem dagegen protestiert wird, daß die höheren Mädchenschulen auch unter weibliche Leitung kommen. Das würde eine Schädigung der Entwicklung dieser Anstalten darstellen, da die akademisch gebildeten Lehrer sich von der Mädchenschule zurückziehen würden. Es entspreche nicht dem Geiste der Verfassung, daß eine Frau Vorgesetzte eines Mannes sei. In der öffentlichen Meinung würden derartige Männer nicht als vollwertig angesehen.

## Ausland.

### Tittoni bleibt.

Nach einer zuverlässigen römischen Meldung des „B. T." ist die Krise in der Stellung des italienischen Ministers des Aeußern Tittoni beseitigt. Nach lebhaftem Depeschenaustausch mit Giolitti und einer Auseinandersetzung mit dem König habe sich Tittoni bereit erklärt, seine Demission endgültig zurückzuziehen. In Wien bestreitet man neuerdings, daß in letzter Zeit eine direkte deutsche oder italienische Intervention in der Universitätsfrage stattgefunden habe. Ueber eine vertrauliche Fühlungnahme zwischen den Mächten ging man nicht hinaus.

### Neue Schwierigkeiten zwischen der Türkei und Oesterreich.

Nach einer Meldung der Londoner „Morning Post" aus Konstantinopel erheben viele Jungtürken und die Albaner Opposition gegen die Erledigung des Streitfalles mit Oesterreich-Ungarn, so daß die Möglichkeit vorhanden ist, daß das türkische Parlament seine Zustimmung zu der Verständigung versagt. In diesem Falle würde zweifellos das gesamte Kabinett demissionieren. Dadurch würde aber neuerdings eine sehr verworrene und gefährliche Lage entstehen.

### Die bulgarischen Rüstungen.

Aus Konstantinopel wird berichtet: Im Gegensatz zu den diplomatischen Kreisen hat die Mobilmachung der achten bulgarischen Division die Türken kalt gelassen. Wenn die Bulgaren auf diese Weise die Geneigtheit der Türken, sich mit einer kleineren Geldsumme zu begnügen, erreichen wollten, haben sie sich jedenfalls geirrt. Zwar besteht auf türkischer Seite tatsächlich der Wunsch einer Grenzregulierung, doch ist das nach Ansicht selbst türkischer Militärs eine Angelegenheit diplomatischer Verhandlungen und nicht eines Waffenganges.

### Eine neue persische Verfassung?

Nach einem Telegramm aus Täbris entschloß sich der Schah endgültig, eine Verfassung zu gewähren. Uebrigens ist es den Verfassungsfreunden in Persien überall gelungen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wo sie wirklich die Oberhand gewannen; nur da, wo die Partei des Schahs noch nicht in den Hintergrund gedrängt ist, herrschen anarchistische Zustände. Leben und Eigentum der Europäer in Persien sollen durchaus sicher und in keiner Weise gefährdet sein.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 27. Januar.

### Die letzte Baustelle der Franckeschen Stiftungen

in der unteren, nach dem Rannischen Platz zu belegenen Lindenstraße ist neuerdings an eine hiesige Baufirma verkauft worden, die dort ein modernes Wohnhaus aufführen will.

Als seinerzeit jener Streifen des Waisenhausgartens in der Lindenstraße bis zum Bellevue als Baustelle verkauft wurde, mußte man eine Stelle unbebaut lassen, weil dort die alte Wasserleitung der Franckeschen Stiftungen in den Garten einmündete. Die Franckeschen Stiftungen besaßen nämlich bis vor wenigen Monaten abgesehen von dem Anschluß an unser städtisches Wasserwerk, eine eigene Wasserleitung, die aus Quellen im Süden der Stadt gespeist wurde. Teils von der Pfännerhöhe (seit 1705/06), teils aus einer Quelle hinter dem Fürstenbergischen Garten (jetzt Liebenauerstraße) seit 1717/18, teils von der (jetzigen) Merseburger Heerstraße her wurde das frische Wasser nach dem inneren Hofe geleitet. Die Wasserleitung hat bis in die letzten Jahre hinein funktioniert und den Stiftungen zwar kein Trinkwasser, wohl aber Wasser zum Besprengen des Gartens usw. geliefert, bis die Stadt im letzten Jahre die alte Wasserleitung, die bei der Bebauung des Südens, z. B. der Wolfschlucht, störend wirkte, für einige tausend Mark erstand.

Als Folge dieses Kaufes darf es angesehen werden, daß die Stiftungen jetzt die letzte Baustelle an der unteren Lindenstraße verkaufen konnten.

**Hallischer Bürgerverein.** Die Generalversammlung ist auf Freitag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr, im kleinen Saale des „Wintergarten" anberaumt mit folgender Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Entlastung des Vorstandes, Wahl der Kassenprüfer für 1909. Im Anschluß hieran Vortrag des Herrn Stadtr. Dr. med. Hartung über das Thema Wohnungshygiene und Wohnungsfürsorge mit anschließender Aussprache.

**Deutscher und Oesterreichischer Alpenverein.** In der ordentlichen Hauptversammlung des Vereins erstattete der Vorsitzende Herr Bankier Albert Steckner den Geschäftsbericht und machte nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten Mitteilungen über die Tätigkeit der Sektion Halle. Besondere Freude hatte der Verein an dem Gedeihen der Hallischen Hütte, deren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090127010/fragment/page=0003

vorzügliche Leistungsfähigkeit von den Touristen einstimmig anerkannt wird. Die Hütte erzielte einen Ueberschuß in Höhe von 2880 Mk. Dem Vorsitzenden Herrn A. Stecker sprach die Versammlung ihren Dank für die Vereinsleitung aus. Bei den Wahlen wurden die Rechnungsprüfer, der Hüttenausschuß und der Vorstand wiedergewählt. Die nächste (außerordentliche) Hauptversammlung findet im Februar statt.

**Halle 96 I schlägt Hohenzollern I mit 11:2 (3:1).** Vor einer verhältnismäßig geringen Zuschauermenge und bei prachtvollem Fußballwetter standen sich am vergangenen Sonntag auf dem Hohenzollern-Platze obige Mannschaften gegenüber, um sich das fällige Verbandsspiel der Frühjahrsserie zu liefern. Auch diesmal brachte es der Baumeister fertig, seinen alten ihm durchaus „ebenbürtigen" Gegner mit einer zweistelligen Zahl zu bedenken. Am kommenden Sonntag hat der Hall. F. C. von 1896 den Cöthener Fußballklub 1902 im Verbandsspiel zu Gast. Das Spiel findet 1/3 Uhr auf dem Platze der 96er statt. Cöthen wird mit einer durch einige neue Spieler verstärkten Mannschaft antreten, die den Einheimischen diesmal den Sieg wohl nicht so leicht machen dürfte. Das letzte Spiel konnten die 96er mit 11:2 für sich entscheiden.

**Erheblich geschädigt** wurde eine hiesige Herren-Konfektionsfirma durch ihren ungetreuen Hausdiener. Der Bursche stahl nach und nach eine große Anzahl von Anzügen, die er entweder unter Bekannten billig losschlug oder im Leihhaus versetzte.

## Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

### Die Landlehrer.

In Nr. 26 der Saalezeitung beschäftigt sich ein Einsender mit der Sitzung des Lehrervereins Landsberg und Umg., welche über den Austritt aus dem Provinzialverband zu beraten hatte. In dem Bericht bekundet sich eine ebenso eigentümliche wie einseitige Wiedergabe der Motive, welche zum Antrag geltend gemacht wurden. Da heißt es: „Dem Landlehrer sei im Vereinswesen ein gleicher Einfluß zu verschaffen"; gemeint ist, wir Landlehrer brauchten darum nicht auszuscheiden. Wer einen solchen Rat zu geben wagt, der stellt sich die größte Blöße über die Kenntnis unseres Vereinswesens aus. Wo waren denn die Berater, als wir Land- und Kleinstadtlehrer auf solch eine gerechte Vertretung drängten und darum „Aenderung des Wahlmodus für den geschäftsführenden Ausschuß" forderten? Nirgends hat man sie gesehen, wo es galt, Interessen der Kleinstadt- und Landlehrer zu vertreten.

Wer Ratschläge gibt, muß ein Recht dazu haben oder es sind nur Redensarten, die man nicht ernst nehmen darf.

—x—

# Provinzial-Nachrichten.

### Ernennung zum Regierungspräsidenten.

+ **Ilfeld**, 26. Jan. Landrat von Doetinchem de Rande ist als Regierungspräsident nach Schmalkalden berufen.

### Kampf mit einem Wilderer.

+ **Wormsleben**, 26. Jan. Der Amtsdiener Michaelis überraschte gestern abend einen Wilddieb in den Fluren des Leutnants Wendenburg beim Wildern. Auf Anruf schoß der Wilderer sogleich, ohne zu treffen, worauf er von Michaelis schwer verwundet wurde. Dem Wilderer, den man ins Krankenhaus brachte, wurden mehrere Patronen und ein zweiläufiges Jagdgewehr abgenommen.

### Die vermehrten Tanzsonntage.

(.) **Bernburg**, 26. Jan. Wie bereits kurz gemeldet, hat sich die Herzogl. Regierung auf die wiederholten Eingaben des Anhaltischen Gastwirtsverbandes wegen Vermehrung der Zahl der Tanzsonntage bereit erklärt, versuchsweise noch einen dritten Sonntag im Monat für öffentliche Tanzmusiken freizugeben. Das Schreiben der Regierung hat folgenden Wortlaut: „Im Anschluß an unseren Bescheid vom 18. Januar 1908 erwidern wir Ihnen, nachdem erst jetzt die eingehenden Ermittelungen abgeschlossen worden sind, auf die Eingabe des Anhaltischen Gastwirtsverbandes vom 20. Dezember 1907 ergebenst, daß wir versuchsweise die zuständigen Polizeibehörden ermächtigt haben, für Tanzlokale in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern und für solche Tanzlokale, die zwar in einer ländlichen Ortschaft, aber in nächster Nähe einer größeren Stadt gelegen und auf deren Publikum angewiesen sind, noch einen dritten Sonntag im Monat für öffentliche Tanzmusik frei zu geben."

### Verwegene Flucht.

√ **Koswig**, 26. Jan. Der Schutzmann Bachnick von hier sollte einen Fürsorgezögling, der in der hiesigen Strafanstalt 2 Jahre Gefängnis verbüßt hatte, in das Erziehungshaus zu Schubin überführen. Da der Sträfling schon mehrere Male Fluchtversuche unternommen, wurden ihm sichere Handschellen angelegt.

Auf der Strecke Düringshof-Landsberg (Warthe) mußte Bachnick den Abort des Abteils aufsuchen und übergab die Aufsicht des Arrestanten einem mitreisenden Matrosen. In diesem kurzen Zeitraum sprang der Arrestant aus dem Wagen des schnellfahrenden Zuges. Der Matrose sprang hinterher, flog gegen einen Telegraphenmast und blieb besinnungslos liegen. Der zurückkehrende Schutzmann Bachnick wagte ebenfalls den gefährlichen Sprung aus dem Zuge, mußte aber wegen eines doppelten Rippenbruches, den er beim Sturze erlitt, die Verfolgung aufgeben. Erst jetzt zog ein Passagier des Nebenabteils die Notbremse, und der zum Halten gebrachte Zug nahm die beiden Schwerverletzten mit nach Landsberg a. d. W., wo sie im Krankenhause untergebracht wurden.

Der Verbrecher hat sich nur leichtere Quetschungen zugezogen. Einwohner der Ortschaft Düringshof verfolgten ihn; nach erbitterter Gegenwehr konnte er festgenommen werden. Das Befinden des Matrosen ist besorgniserregend.

### Tarifermäßigung für Blumenkohl.

+ **Erfurt**, 25. Jan. Eine Versammlung von Landwirten und Gärtnern beschloß, an die königliche Eisenbahndirektion eine Petition zu richten, die eine Ermäßigung des Frachttarifs und schnellere Beförderung von Blumenkohl fordert. In der Petition wird auf die Konkurrenz des Auslands hingewiesen, die namentlich von Holland her groß sei.

)( **Nietleben**, 26. Jan. (Die Gemeindevertreterwahl) der 3. Abteilung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

* **Tangermünde**, 23. Jan. (Das Denkmal für den ersten Hohenzollern in der Mark.) das im Jahre 1912 aus Anlaß der Halbjahrtausendfeier in der Burg errichtet werden soll, steht noch sehr in Frage. Der Denkmalsfonds hat erst die Summe von 2350 Mark erreicht. Es gehört also noch manche Spende dazu, ein Denkmal ähnlich dem des Kaisers Karl IV. zu beschaffen.

][ **Greiz**, 25. Jan. (Wieder ein Unfall beim Rodeln.) Auf der Rodelbahn des hiesigen Rodelklubs kam gestern bei einer Kurve der Primaner Fritz Reißmann zu Fall und brach den rechten Arm und ein Bein.

(—) **Gera**, 23. Jan. (Lesbensüberdrüssig.) In der vergangenen Nacht beobachtete der diensttuende Schutzmann an der Ecke des Gerbergäßchens, daß sich dort eine Frau in auffälliger Weise dem Mühlgraben näherte. Als sie eben Anstalten machte, über das Geländer zu steigen und sich in den Mühlgraben zu stürzen, sprang der Schutzmann hinzu und hielt sie fest. Die Frau, eine hiesige Witwe, gab auf Befragen an, daß sie die Absicht gehabt habe, sich aus Lebensüberdruß das Leben zu nehmen. Sie wurde vom Schutzmann zu ihren Angehörigen gebracht.

(!!) **Sonneberg**, 25. Jan. (Geländeankauf durch die Stadt.) Es sind Bestrebungen im Gange, das gesamte Terrain des alten Bahnhofes in den Besitz der Stadt zu bringen. Die Eisenbahnverwaltung verlangt für das Gelände 500 000 Mark.

:: **Ilmenau**, 26. Jan. (Ein Stipendium aus Strafmandaten.) Die meisten der in hiesiger Stadt verwirkten Polizeistrafen entfallen auf die Schüler des Technikums. Um diese von den Technikern zu zahlenden Polizeistrafen nun wieder dem Technikum zu gute kommen zu lassen, hatte die Direktion bei den Gemeindebehörden den Antrag gestellt, aus diesen Strafgeldern einen Stipendienfonds für das Technikum zu sammeln. Der Gemeinderat lehnte jedoch das Gesuch ab.

)( **Königsee**, 23. Jan. (Wertzuwachssteuer.) Auch in hiesiger Stadt soll die Wertzuwachssteuer eingeführt werden. Der Stadtrat hat beschlossen, die Vorarbeiten sofort in die Wege zu leiten.

# Gerichtsverhandlungen.

**Düsseldorf**, 25. Jan. (Verurteilung zweier Duellanten.) Das Kriegsgericht verurteilte den Assistenzarzt Dr. Steinkamm und den Oberarzt Dr. Engel von den städtischen Krankenanstalten wegen Herausforderung zum Duell zu je drei Monaten Festungshaft. Das Duell fand am 28. August in Bonn auf Säbel statt. Beide Duellanten wurden verletzt.

# Vermischtes.

## Königin Wilhelmine und die Holländerinnen.

Die Holländerinnen hängen mit seltener Liebe und Verehrung an ihrer jungen Königin, und das ganze Land nimmt an den Freuden und Leiden der jungen Herrscherin lebhaften Anteil. Als ein Zeichen ihrer Anhänglichkeit haben die holländischen Frauen sich jetzt im ganzen Lande organisiert und veranstalten im stillen Sammlungen, um ihre Königin an dem bevorstehenden Freudentage eine Reihe von Gaben darzubringen, die ein nationales Geschenk der Niederländerinnen darstellen sollen. Die junge Königin, die von dieser Bewegung erfahren hat, hat zwar den Wunsch geäußert, daß wenigstens ein größerer der Sammlungserträgnisse der öffentlichen Wohltätigkeit zugute kommen möge, aber die Holländerinnen werden wohl kaum auf die Freude verzichten, ihrer Königin die Geschenke zu überreichen, die sie seit langem vorbereitet haben.

An dem Tage, da die Mutterhoffnungen der Königin Wilhelmina sich erfüllen, werden die Frauen vom Haag ihrer Herrscherin eine kunstvoll gearbeitete entzückende kleine Wiege überreichen, die Frauen von Middelburg haben einen reizenden kleinen Kinderwagen zum Geschenk erwählt und die Frauen von Rotterdam werden der Königin ein silbernes Tafelservice für Kinder als Gabe darbringen. Aber auch außerhalb der holländischen Grenze hat die Persönlichkeit der Königin der Niederlande lebhafte Sympathien hervorgerufen, und selbst die Belgierinnen haben es sich nicht nehmen lassen, für den Freudentag der jungen Monarchin ein Geschenk vorzubereiten. In Gent hat sich ein Komitee belgischer Frauen gebildet, das der holländischen Königin ein kostbares, mit seltenen Spitzen geschmücktes Wickelzeug überreichen wird.

## Der Ritt auf der Lawine.

Auf den Höhen des Furkapasses haben die Lawinen drei neue Menschenopfer gefordert. Von Andermatt aus waren zwei englische Offiziere mit dem schweizer Major Merian und dem Führer Bleuer am Donnerstag morgen aufgebrochen, um den schwierigen Dammastock zu besteigen. Kurz vor Sonnenuntergang erklang plötzlich das dumpfe, todverheißende Brausen einer Lawine. Der Führer gab hastig ein Warnungszeichen, aber es war zu spät und im nächsten Augenblick ergriffen gewaltige Schneemassen die Unglücklichen und rissen sie mit sich hinab in die Tiefe. Major Merian, Leutnant Berkeley Hill und der Führer wurden im Schnee begraben und erstickten.

Der vierte der Bergsteiger, der englische Major Bailey entging durch einen wunderlichen Zufall dem Tode. Er wurde von der Lawine ergriffen, in die Höhe gehoben und machte so auf dem Gipfel des stürzenden Schneeberges die rasende Fahrt in die Tiefe mit, wo er gegen einen Felsen geschleudert wurde, ohne jedoch schwere Verletzungen zu erhalten.

„Wir schritten in größerem Abstand hintereinander," so erzählt der Geretete, „als ich plötzlich ein donnerndes Krachen hörte und ungeheure Schneemassen auf uns hereinbrechen sah. Ich fühlte, wie ich den Berghang hinabglitt und schließlich mit einem Ruck liegen blieb. Ein totes Schweigen folgte. Ich rief dann nach den Gefährten, so laut ich konnte, aber keine Antwort kam. Mit großer Anstrengung gelang es mir schließlich, mich freizumachen, eilte nach dem nicht weitentfernten Hotel und mit zwei Herren kamen wir zurück, um nach meinen Genossen zu suchen. Nach zwanzig Minuten fanden wir den armen Hill, mehr als einen Meter tief im Schnee begraben, mit gebrochenen Schneeschuhen. Er war tot. Später kamen schweizer Soldaten herbei, um die Bergung fortzusetzen, aber erst gegen Mitternacht fand man die beiden anderen Leichen, fast vierhundert Meter unterhalb der Stelle, wo die Lawine sie überrascht hatte."

# Letzte Nachrichten.

### Kaiser und Kanzler.

**Berlin, 26. Januar. Der Berliner Berichterstatter der „Münchener Neuesten Nachrichten" schreibt in einem längeren Artikel u. a.: Wie man von gut unterrichteter Seite hört, garantieren die Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler die glatte Erledigung der Geschäfte. Der Kaiser legt sich eine ernste würdige Zurückhaltung auf und sein Wort, daß er dem Reichskanzler sein Vertrauen bewahre, ist fest und treu.**

### Ein diebischer Schutzmann.

**Frankfurt a. M.**, 26. Jan. Der Schutzmann Walzki wurde wegen zahlreichen Diebstählen in Haft genommen. Es handelt sich um Uhren und ähnliche Wertgegenstände.

### 3 Jahre Gefängnis wegen unglücklicher Liebe.

**Mannheim**, 26. Jan. Vor dem Schwurgericht wurde H. Bergmeister aus Haslow, der am 3. Dezember v. J. in der Restauration „Kaiserhütte" die 16jährige Berta Zähndorf aus unglücklicher Liebe erdolcht hatte, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

### Kessel-Explosion.

**Mannheim**, 26. Jan. In Hemsbach ereignete sich gestern an der Bergstraße ein schweres Unglück. Bei einer Kesselexplosion in der Mangolsschen Branntweinbrennerei wurden der Besitzer und der Knecht Grinwald durch giftige Gase erstickt. Zur Bergung der Leichen mußte man eine Mauer aufbrechen.

### Die ungarische Krise.

**Wien**, 26. Jan. Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Justh, wurde heute mittag in dreiviertelstündiger Audienz vom Kaiser Franz Josef empfangen. Den Journalisten gegenüber erklärte Justh nach der Audienz, daß er vom Kaiser keine Ermächtigung erhalten habe, über diese Audienz irgend etwas verlauten zu lassen. Trotzdem will man in hiesigen wohlinformierten Kreisen wissen, daß in der Audienz die Entscheidung in den schwebenden ungarischen Fragen auf längere Zeit verschoben wurde.

### Explosion bei einem technischen Eisschmelzversuch.

**Budapest**, 26. Jan. Heute vormittag fand im **Palais des Ministers des Innern, des Grafen Julius Andrassy**, in Ofen ein Versuch statt, in einem **eingefrorenen Kanal** das **Eis zum Schmelzen** zu bringen. Eine Explosion der im Kanal angesammelten Gase ereignete sich dabei. Der hierdurch angerichtete Materialschaden ist bedeutend. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen. Der herbeigeeilten Feuerwehr gelang es, den durch die Explosion ausgebrochenen Brand alsbald zu löschen.

### Schneefall in Rom.

**Rom**, 26. Jan. Hier herrscht seit heute nacht ununterbrochen heftiger Schneefall. Der Schnee liegt in den Straßen 5 Zentimeter hoch. **Der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen ist größtenteils eingestellt, nur wenige Wagen können verkehren.**

### Straßenräuber und Anarchisten in England.

**London**, 26. Jan. Die Straßenräuber von Tottenham sind Mitglieder der **lettischen terroristischen Organisation.** Die Vorfälle vom Sonnabend haben die Aufmerksamkeit auf die ausländischen Anarchisten in England gelenkt. Es sind dies **französische, italienische, spanische und russische Gruppen**, deren Ueberwachung durch die politische Partei sehr schwierig ist. Es macht sich eine **Stimmung gegen das bisher von England gewährte Asylrecht** geltend.

### Serbien, Montenegro und die Türkei.

**Konstantinopel**, 26. Jan. Die diplomatischen Vertreter Serbiens und Montenegros ersuchten im Auftrage ihrer Regierungen den Minister des Aeußeren Tewfik Pascha, die türkische Regierung möge bei Oesterreich-Ungarn zugunsten der **gerechten Forderungen Serbiens und Montenegros** intervenieren. Tewfik Pascha gab die Versicherung, die Türkei werde alle diplomatischen Schritte tun, um Oesterreich-Ungarn zu Konzessionen an Serbien und Montenegro zu bewegen.

### Niederlage der persischen Regierungstruppen.

**Petersburg**, 26. Jan. Nach Meldungen aus Teheran sind die **Regierungstruppen**, welche gegen die Aufständischen in den südlichen Provinzen gesandt wurden, von Revolutionären in einen **Hinterhalt gelockt** worden. Die Mehrzahl der Soldaten wurde niedergemacht. **Die Kommandoführer entflohen und ließen ihre Truppen im Stich.**

## Sportnachrichten.

### Kraftfahrsport.

Ein neuer Weltrekord über 6 Stunden wurde von dem englischen Motorradfahrer H. B. Colver in Canning Town aufgestellt. Colver legte in 6 Stunden 270 engl. Meilen 1170 Yards zurück und verbesserte damit den von O. C. Godfrey seit dem 22. Dezember 1908 gehaltenen Rekord mit 268 Meilen 285 Yards um über zwei englische Meilen.

## Unterhaltungsblatt.

Sündige Mütter. Roman von Anny Wothe. (Forts.) — Friedemann Bach. Von A. E. Brachvogel. (Forts.) — Bunte Zeitung: Bureaukratie in Messina. Das erste „Angelus".

## Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abonnementsquittung beizulegen.)

L. F. Ihre kleine Geschichte ist schon vor Wochen erschienen.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Friedrich-Roth; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090127010/fragment/page=0004

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Bergbaufreiheit und Kohlenindustrie in Oesterreich.

Die seit langer Zeit angekündigte Novelle zum österreichischen Bergbaugesetz ist eingebracht worden und hat, wie sich der „Tag" aus Wien berichten lässt, in den Kreisen der österreichischen Kohlenindustrie grosse Aufregung hervorgerufen. Die Novelle enthält so einschneidende Bestimmungen, wie seit Jahren keine Vorlage und ist geeignet, den Kohlenbergbau hart zu treffen. Während in Preussen sich bloss für 10 Jahre der Staat das Recht der Mutung gesichert hat und nach diesen 10 Jahren die Bergfreiheit wieder auflebt, ist in Oesterreich die Kohle von nun an überhaupt Staatseigentum. Das gilt nicht mit Rücksicht auf die bereits bestehenden Kohlenschächte, wohl aber auf jedes künftige neue Kohlenvorkommen. Die Gewinnung von Kohle steht nur dem Staate zu. Nur in den bereits belehnten Grubenmassen bleibt das Recht auf Kohlengewinnung unverändert, wird hingegen bei Freischürfen wesentlich eingeschränkt. Wer Freischürfe besitzt, soll verpflichtet sein, binnen 3 Jahren den Nachweis der Kohle zu liefern, widrigenfalls er sein Recht an den Staat verliert. Für Freischürfe der meisten Reviere wird diese Frist auf 3 Monate herabgesetzt.

Die böhmische Braunkohlenindustrie wird von der Vorlage weniger getroffen, weil in Böhmen ohnehin bereits das gesamte Kohlenvorkommen erschlossen ist. Hart getroffen sind dagegen die Steinkohlenwerke, welche im mährisch-schlesischen Becken ihren Sitz haben. Dort sind sehr grosse Freischürfe angemeldet; es gibt dort noch sehr viele unverritzte Kohlenfelder, und es müsste eine forcierte Bohrtätigkeit erfolgen, wenn die Gesellschaften dieses Kohlenrecht noch ausnützen wollen. Hart getroffen wird auch die Trifailer Kohlenwerksgesellschaft, die einen grossen Freischurfbesitz hat. Ob die kohlenkonsumierende Industrie von der Vorlage Nutzen ziehen wird, ist sehr die Frage; denn es müsste eine stark ausgedehnte Kohlenproduktion einsetzen, wenn das Angebot von Kohle steigen und die Preise sinken sollen. Auch ist die Vermutung sehr naheliegend, dass der Staat mit seinen ewigen Geldbedürfnissen die Kohlengruben fiskalisch ausnützen und der Allgemeinheit nur geringe Vorteile gewähren wird.

Dass die Vorlage in der gegenwärtigen Form Gesetz wird, ist wenig wahrscheinlich. Vielmehr dürften noch erheblichen Kämpfen in den Parlamenten die hauptsächlichen Härten des Gesetzes wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch erheblich gemildert werden.

### Das Geheimnis der Phönix-A.-G.

Seit längerer Zeit schon erregt die eigentümliche Haltung der Phönix-A.-G. berechtigtes Kopfschütteln. Die nachstehenden Ausführungen der „B. Z." wird man füglich nur unterschreiben können: „Ueber den Aufsichtsratssitzungen der Phönix-A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb schwebt von jeher ein geheimnisvolles Dunkel. Andere Verwaltungen machen, wenn auch nicht oft, so doch immerhin zuweilen irgendwelche Mitteilungen über das, was in den Sitzungen ihres Aufsichtsrates vorgeht. Die Phönix-Verwaltung indes hüllt sich, von der Bilanzsitzung abgesehen, die sie beim besten Willen nicht verheimlichen kann, in ein undurchdringliches Schweigen. Nur wenn die Börse die Gewinnergebnisse der Gesellschaft allzu niedrig schätzt, beginnt sie zu dementieren. Diesem lobenswerten Prinzip ist sie auch diesmal treu geblieben.

Die Börse nahm an, dass der Mindergewinn des Phönix im ersten Semester 1908/09 etwa 7 Mill Mark betragen habe, und da der Verwaltung eine Verbreitung dieser Ansicht beim Publikum nicht gefiel, setzte sie nach bewährtem Rezept den Dementierapparat in Bewegung. Der Gewinnrückgang sei „bei weitem nicht so gross, wie man an der Börse habe wissen wollen. Diese Angabe mag richtig sein; sehr präzis und erschöpfend ist sie aber keineswegs. Dass der Gewinnrückgang „bei weitem" nicht 7 Millionen beträgt, lässt die Deutung zu, dass er sich auf drei, aber ebensowohl, dass er sich auf fünf Millionen Mark beläuft, und das ist immerhin nicht ganz gleichgültig für jemand, der Phönix-Aktien vielleicht noch 225 Proz. gekauft hat. Bei einer Aktiengesellschaft mit 100 Mill. Kapital sind doch die dem Aufsichtsrat vorgelegten Abschlussziffern für eine längere Betriebsperiode nicht lediglich eine Privatangelegenheit der Verwaltungsmitglieder, und für die Oeffentlichkeit besteht ein gewisses Interesse, noch etwas mehr über die Ergebnisse der Gesellschaft zu erfahren, als lediglich wie gross die Gewinnrückgänge nicht sind.

Im übrigen: wäre das Resultat ein auch nur halbwegs befriedigendes, so würde sich die Verwaltung vielleicht doch zu einem etwas näher präzisierten Dementi aufgerafft haben.

**Berliner Börse.** Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 198, Diskonto 184,37, Deutsche Bank 243,62, Kanada 173,62, Paketfahrt 112,50, Nordd. Lloyd 92,12, Russische Anleihe von 1902 83,37, Laurahütte 199,62, Bochumer Guss 222,87, Harpener 191,50, Gelsenkirchen 187,87, Berliner Handelsgesellschaft 171,12, Baltimore 111,12, Phönix 175, Dresdner Bank 150, Schaaffhausen 135, Lombarden 17,70, A. E.-G. 221,75, Siemens & Halske 200,50, Deutsche Ueberseee 148,80, Otavi 198, Grosse Berliner 181,25. — Tendenz: Schwach.

Am Kassamarkt notierten höher: Stettiner Chamotte 6, Berlin-Anhalter Masch. 4, Gaggenauer Eisen 2,25, Lapp 4, Buckau chem. Fabrik 2,50, Neue Photograph. Ges. 2, Dormermarckhütte 6, Märk.-Westfäl. Bergwerk 3,75, Rhein.-Nassau 2,10, Schönhauser Allee 3; niedriger: Nordpark Terrain 35 Mk., Park Witzleben 20 Mk., Westliche Boden-Ges. 20 Mk., Egestorff Masch. 3, Kronprinz Metall 3¾, Schubert & Salzer 2½, Deutsche Gasglühlicht 5¼, Kahla Porzellan 4, Akkumulatorenfabrik 3, Bismarckhütte 3.

**Londoner Börse** vom 26. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 89,55, Rio Tinto 77,00, Geduld 2,68, Goldfields 4,68, Steel com. 55,87, Steel prefs. 117,00, Rand Mines 7,81, Anaconda 9,69.

**Der Absatz des Kalisyndikats.** Wie ein Mitarbeiter der „Bergw.-Ztg." schreibt, hat ihm der Vorstand des Kalisyndikats die bislang nur von privater Seite bekannt gegebene Mitteilung bestätigt, dass der Absatz des Syndikats in seinem Wertergebnis im letzten Jahre zum ersten Male die Summe von 100 Millionen Mark überschritten hat. Das Syndikat bemerkt jedoch hierzu, dass es sich bei dieser Angabe nur um den Bruttowert handelt, wogegen der Nettowert hinter 100 Millionen Mark zurückbleibt. Genaue Zahlen könne man noch nicht angeben, da der Bücherabschluss natürlich noch nicht soweit vorgeschritten sei. Hierzu ist zu bemerken, dass früher den Aufstellungen über die Jahresergebnisse die Bruttowerte zugrunde gelegt wurden und dass erst in den letzten Jahren die Nettoziffern herangezogen wurden. Hierdurch erscheint natürlich das Ergebnis etwas geringer, als es tatsächlich ist. Der Unterschied zwischen den beiden Ziffern stellt sich durch die allgemeinen Spesen, Rabatte, Frachten usw. dar. Der Nettowert übertrifft also nach den Mitteilungen des Syndikats das Ergebnis des Jahres 1907 um etwa 3 Mill. Mk., da in dem genannten Jahre für den Absatz ein Nettowert von 96½ Mill. zu verzeichnen war. Das Jahr 1907 hatte gegen das Vorjahr mit einer Steigerung von etwa 4½ Mill. Mk. abgeschlossen, da der Absatzwert einschliesslich des Sollstedtabsatzes sich auf 92 Mill. belaufen hatte. Es sind also in den letzten beiden Jahren Absatzsteigerungen von insgesamt 7½ Mill. Mk. erzielt worden. Die Absatzerhöhungen, die in den Jahren 1904 und 1906 sich auf 10 Mill. Mk. beliefen, haben sich hiernach in den beiden letzten Jahren nur langsamer vorwärts bewegt zum Teil wohl auch eine Folge der endlosen Beunruhigungen des Marktes durch aussersyndikatliche Verkäufe. Das Ergebnis des letzten Jahres wäre zweifelsohne ein wesentlich besseres geworden, wenn das amerikanische Geschäft nicht noch hinter den Erwartungen so stark zurückgeblieben wäre. Von der Leitung eines Syndikatswerkes wird übrigens bestätigt, dass der Absatz im neuen Jahre bis jetzt sehr lebhaft ist und dass insbesondere die deutsche Landwirtschaft wieder guten Bedarf zeigt.

**Der Aufsichtsrat des Kalisyndikats** beruft eine Versammlung der Vertreter derjenigen Kaliwerke zum 9. Februar nach Berlin, die in diesem Jahre syndikatsreif werden, um schon jetzt mit ihnen eine Verständigung über ihren Beitritt zum Syndikat zu erzielen.

**Radebeuler Guss- und Emaillerwerke vormals Gebrüder Gebler in Radebeul-Dresden.** Die abflauende Konjunktur, die insbesondere in der Eisenverarbeitungsbranche sich stark bemerkbar gemacht hat, war die Ursache, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr die Aufträge stark zurückgingen. Gleichzeitig setzte ein Drängen der Abnehmer nach billigeren Preisen ein, obwohl die Einkaufspreise für Roheisen, Koks und Kohle keine Herabsetzung erfuhren. Infolgedessen betrug der Umsatz abzüglich Retouren nur 1 103 929 (1. V. 1 372 095) Mk., der Bruttogewinn 159 216 (221 880) Mk. Nach Abzug von 42 791 Mk. Abschreibungen wird ein Reingewinn von 107 713 Mk. ausgewiesen, woraus die Aktionäre 49 000 Mk. gleich 7 Proz. Dividende erhalten sollen.

**Der Rückgang der Ausfuhr aus dem Konsularbezirk Chemnitz nach den Vereinigten Staaten** ist im Jahre 1908 ganz beträchtlich gewesen. Wie den „Leipz. N. Nachr." aus Chemnitz gemeldet wird, nahm der Wert der Ausfuhr nach Amerika vom Januar bis März des vorigen Jahres um 1 169 468 Dollar zu, dann aber ist ständige Abnahme zu verzeichnen. Gegen die gleichen Monate des Jahres 1907 nahm die Ausfuhr vom April bis Juni 1908 um 1 749 789 Dollar ab, vom Juli bis September um 2 341 169 Dollar, vom Oktober bis Dezember um 1 486 068 Dollar, insgesamt im Jahre 1908 gegen 1907 um 4 377 560 Dollar. Die Gesamtausfuhr beträgt 11 186 782 Dollar gegen 15 564 342 Dollar im Jahre 1907. Der Wert der ausserhalb des Konsularbereichs Chemnitz hergestellten Waren (in die Totalsumme eingeschlossen) beträgt 875 469 Dollar.

**Steaua Romana Akt.-Ges. für Petroleum-Industrie in Bukarest.** Der Prospekt über die neuen Aktien der Gesellschaft bemerkt u. a., dass die Ergebnisse der von der Steaua Romana in Gemeinschaft mit anderen rumänischen Raffineuren errichtete Aktien-Gesellschaft für Verkauf von Petroleum-Produkten, die zurzeit über zwei Drittel des Kontingents der rumänischen Petroleumindustrie verfüge, wiederum ein befriedigendes Resultat versprechen. Von dem 1 Million Lei betragenden Grundkapital der Gesellschaft besitzt die Steaua Romana die überwiegende Majorität. Bezüglich der Steaua Romana selbst bemerkt der Prospekt: „Das Ergebnis des gegenwärtigen Geschäftsjahres dürfte, soweit sich dies nach dem Verlauf der ersten Hälfte desselben übersehen lässt, wiederum ein befriedigendes werden.

**Chemische Fabrik von Heyden, A.-G., Dresden-Radebeul.** Die Gesellschaft teilt mit, dass sie nunmehr mit der Wiederaufnahme der Indigo-Fabrikation intensiv beschäftigt sei und noch in diesem Jahre ihre neu zu errichtende Anlage in Betrieb nehmen zu können hofft. Noch früher als die neue wird die alte Anlage in Betrieb kommen, die jetzt weiter ausgebaut wird. Sie war zum Stillstand gekommen infolge eines Urteils, welches durch das im vergangener Dezember gefällte Reichsgerichtsurteil aufgehoben worden ist.

**Die Panzerwerke A.-G. vorm. Braunschweiger Fahrradwerke** erzielten im letzten Geschäftsjahr 49 863 Mk. Reingewinn, wovon 18 000 Mk. zu Sonderabschreibungen und 15 000 Mk. für die Spezialreserve verwandt und der Rest von 16 863 Mk. vorgetragen werden.

**Preiserhöhung für Samt und Plüsch.** Aus Krefeld wird gemeldet: Auf der hier stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes deutscher Samt- und Plüschfabrikanten wurde beschlossen, infolge der teueren Rohstoffpreise vom 1. März ab die Verkaufspreise zu erhöhen.

**Ueber die Vereinigung der Damenwollhut-Industriellen E. V.** berichtet die Fachzeitschrift „Textilwoche": „Schon seit längerer Zeit war eine Anzahl solcher Damenhutfabrikanten, die gleichzeitig Stumpen fabrizieren, zu einer kleinen Konvention vereinigt, die nicht nur Bedingungen, sondern auch Mindestpreise für ihre Mitglieder festgesetzt hatten. Es bestand nun der Wunsch der beteiligten Kreise, diese Abänderung möglichst auf alle gleichartigen Betriebe auszudehnen und, da sich bei einigen ein hartnäckiger Widerstand gegen Festsetzung der Preise kundgab, beschloss man, die Preisvereinbarung fallen zu lassen sowie unter der Beteiligung möglichst der ganzen Spezialbranche einen Verband lediglich auf der Grundlage von Zahlungsbedingungen zu begründen. Dieser Verband kam unter dem Namen „Vereinigung der Damenwollhut-Industriellen E. V." zustande. Mit einer einzigen Ausnahme erklärten sämtliche anwesende Firmen ihren Beitritt; der Anschluss der wenigen nicht vertretenen Firmen steht unmittelbar zu erwarten."

**Die Krefelder Baumwollspinnerei** schlägt 7½ Proz. Dividende gegen 12 Proz. im Vorjahre vor.

**Die neue Baumwollspinnerei Bayreuth** schlägt wieder 20 Proz., die **Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg** 19¼ Proz. gegen 21 Proz. Dividende vor.

**Der Präsident der Giessener Handelskammer,** Fabrikant Kommerzienrat Koch, ist gestorben.

## Waren und Produkte.

### Getreide.

Berliner Produktenbörse, 26. Jan. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 211—213 Roggen inl. 166—167,50. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 177—183, mittel 171—176, geringe 166—170, russischer mittel u. geringe —,—. Mais, runder 165,00—168 00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154—164, gute 165—180, russische und Donau leichte 136 bis 141. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 137—149, kleine —,—. Weizenmehl 00 25,75—28,50. Roggenmehl 0 und 1 20,70—23,60. Weizenkleie 11,40—12,00. Roggenkleie 11,40—12,00. (Alles frei Bahn.)

Mais, cif. Jan. Weizen behauptet, per April 12,60 Gd., 1 ,51 Br. Roggen per April 10,10 Gd., 10,11 Br. Hafer per April 8,42 Gd., 8,68 Br. Mais per Mai 7,51 Gd., 7,52 Br.

Magdeburg, 26. Januar. Für 1000 kg netto ab Station Weizen fest, englischer gut 200—206, mittel — —, Sommer gut —, mittel — —, Kolben Sommer gut 216—224, mittel —,—, Rauh gut — —, mittel —,—, ausländischer gut — — mittel —,—.

Roggen unver., inländischer gut 160—164, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste unver., hies. Choval. gut 188—196, mittel —,—, Land gut 150—166 mittel —,—, ausl. Futter gut 154—157, mittel —,—.

Hafer stetig, inländischer gut 165—171, mittel — — ausländischer gut —,—, mittel —,—, Wand gut —, mittel —,—.

Mais unver., runder gut 163—167, mittel —,— — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—.

Antwerpen 26. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Januar — —, Februar 5[illegible]½, März 5[illegible]½, April 5[illegible]½, Mai 5[illegible] Fr. Behauptet. Umsatz 95,000 kg.

London, 26. Jan. Baltiemarkt. An der Küste angekommene Weizenladungen zum Verkauf — angebotene Weizenladungen. Weizen fest, mal, Gerste ruhig. Hafer fest.

Liverpool, 26. Jan. Roter Winterweizen per März 7,8½, per Mai 7,7. Behpt. Mais, bunter, amerikanischer per März 4,4½, per Mai 4,4. Still.

### Zucker

Hamburg, 26. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

| | vorm. | nachm. | abends |
|---|---|---|---|
| per Januar | 20,35 | 20,55 | 20,60 Mk. |
| „ März | 20,55 | 20,65 | 20,55 „ |
| „ Mai | 20,90 | 20,85 | 20,75 „ |
| „ August | 21,30 | 21,25 | 21,15 „ |
| „ Oktober | 19,65 | 19,70 | 19,65 „ |
| „ Dezember | 19,50 | 19,60 | 19,55 „ |
| | still | behauptet | ruhig |

### Kaffee.

Hamburg, 26. Jan. Good average Santos

| | vorm. | nachm. | abends |
|---|---|---|---|
| per März | 33½ Gd. | 33½ Gd. | 33¼ Gd. |
| „ Mai | 33 Gd. | 33¼ Gd. | 32¾ Gd. |
| „ September | 31¾ Gd. | 31¾ Gd. | 31¼ Gd. |
| „ Dezember | 31¼ Gd. | 31 Gd. | 31 Gd. |
| | still | ruhig | ruhig |

Havre, 26. Jan. Kaffee good average Santos per März 42, per Mai 41½, per Sept. 40, per Dez. 39½. Still.

Rio de Janeiro, 26. Jan. Kaffee-Zufuhren 18 000 Sack in Rio — Sack in Santos.

### Spiritus

Nordhausen, 26. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 103—106 M. 60,40—61,50 M., Jo. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 M. 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

### Fettwaren und Oele.

Köln, 26. Jan. Rüböl loko 45,00, per Mai 61,00.

Hamburg, 26. Jan Stadtschmalz 59,00, amerik. Steam 49,50, Chamberlain 49,25. Still.

### Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 26. Jan. Kartoffelmehl und -Stärke 20,25—20,75. Feuchte Stärke 11,10.

### Chemische Produkte

Hamburg, 26. Jan. Chilisalpeter per Januar 9,00, Februar-März 9,00, frei Fahrzeug Hamburg.

### Wolle.

Bremen, 26 Jan Baumwolle beh Upl loko middl. 45½, Ptz.

Liverpool, 26. Jan. Baumwolle. Umsatz 8,000 Ballen., davon Export 57,00 Ballen, davon Amerikaner 7,000 Ballen. Still.

Liverpool, 26. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 5,13.

Alexandria, 26. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 15,28, Mai 16,05, Nov. 15,24.

### Metalle.

London, 26. Jan. Chili-Kupfer matt 59 7/16, 3 Mon. 59 5/16 Zinn Straits ruhig 126, 3 Monat 127¼. Blei span., ruhig 13 9/16, englisch 13½. Zink, gewöhnliche Marke, stetig, 21½, spes. Marke 23.

## Amerikanische Warenmärkte.

### Kabelmeldung via Azoren-Emden.

| New York. | 26 1. | 25 1. | Chicago. | 26 1. | 25.1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen p. Mai | 110 | 110⅛ | Weizen p. Mai | 106½ | 107½ |
| „ „ Juli | 104 | 104½ | „ „ Juli | 99⅝ | 97¼ |
| Mais p. Mai | 69⅝ | 69⅝ | Mais p. Mai | 62¼ | 62 |
| „ „ Juli | 69½ | 69¼ | „ „ Juli | 62½ | 62¼ |
| Mehl Spring clears | 4,25 | 4,25 | Hafer p. Mai | 51⅞ | 51¾ |
| Kaffee Fair Rio Nr. | 6,07 | 7,07 | „ „ Juli | 48½ | 46½ |
| „ p. Jan | 5,85 | 5,75 | Roggen p. Mai | 76 | 74 |
| „ „ Febr. | 5,85 | 5,85 | Schmalz „ Jan. | 9,52 | 9,60 |
| Petroleum in Cases | 10,90 | 10,90 | „ „ Mai | 9,67 | 9,72 |
| do. in New York | 8,50 | 8,50 | | | |
| do. in Philadelphia | 8,45 | 8,45 | | | |

Tendenz: Weizen willig, Mais stetig.

## Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

| Saale und Unstrut. | | | | | Fall | Wuchs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Artern, Brückenpegel | 25 | Jan. | +0,40 | Jan. | — | — |
| Nebra, Oberpegel | | „ | +1,90 | „ | +1,84 | 6 |
| „ Unterpegel | | „ | +1,0 | „ | +1,36 | — |
| Weissenfels, Oberpegel | | „ | +2,22 | „ | +2,31 | — |
| „ Unterpegel | | „ | 0,26 | „ | −0,24 | 2 |
| Trotha | 25 | „ | +1,6 | 26 | +1,46 | 20 |
| Aisleben, Oberpegel | 25 | „ | +4,30 | 26 | +4,27 | 3 |
| „ Unterpegel | | „ | +0,56 | „ | +0,55 | 1 |
| Bernburg | | „ | +0,50 | „ | +0,52 | 2 |
| Kalbe, Oberpegel | | „ | +1,32 | „ | +1,32 | — |
| do. Unterpegel | | „ | −0,04 | „ | +0,08 | 12 |

| Iser. | | | Eger. | | | Elbe. | | | Moldau | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Jan. | Fall | Wuchs | | Jan | Fall | Wuchs | | Jan | Fall | Wuchs |
| Budweis | 25 | +0,08 | — | — | Torgau | 25 | 0,01 | 1 | — | — | — |
| Prag | „ | — | — | — | Wittenberg | „ | +0,85 | 11 | — | — | — |
| Jungbunzl | „ | 0,14 | 3 | — | Boeslau | „ | +0,41 | 10 | — | — | — |
| Laun | „ | −0,37 | 5 | — | Barby | „ | +0,61 | — | — | 1 | — |
| Pardubitz | „ | −0,78 | 8 | — | Magdeburg | „ | +0,56 | — | — | — | — |
| Brandeis | „ | −0,33 | — | 1 | Tangermünde | 25 | +1,10 | 14 | — | — | — |
| Melnik | „ | −0,88 | 8 | — | Wittenberge | „ | +0,90 | 10 | — | — | — |
| Leitmeritz | 26 | −0,88 | 7 | — | Dömitz, Pegel | 25 | −0,01 | — | — | 12 | — |
| Aussig | „ | −0,58 | 8 | — | Hohnstorf | 26 | +0,84 | — | — | 31 | — |
| Tresden | „ | −1,94 | 4 | — | Lauenburg | „ | +0,88 | — | — | 29 | — |

## Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin,
26. Jan. 1909.
Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

| | Vorprämien. Febr. | Vorprämien. März | Rückprämien. Febr. | Rückprämien. März |
|---|---|---|---|---|
| Lombarden | 18 3/16 | 18 7/16 | 16 5/16 | 16 7/16 |
| Franzosen | 145—13/16 | 145 1/2—13/16 | 14—1/2 | 14—1/2 |
| Baltimore | 112 3/16—1/2 | 112 3/16—1/2 | 109 3/16—1/2 | 109 3/16—1/2 |
| Canad. Pacific | 175 5/16 | 176 1/2 | 171 1/16—2 | 171 1/16—2 |
| Türken-Lose | 147 3/16—1/2 | 149 1/2 | — | — |
| Darmstädt. B. | 182 1/16 | 182 1/16 | 128 3/16—1/2 | 128 3/16—2 |
| Disc. Comm. | 185 1/16 | 186 1/16—1/2 | 188 3/16 | 188 7/16—3/16 |
| Berl. Handlges. | 173 3/16—1/2 | 173 7/16 | 169 3/16—1/2 | 169 7/16—1/2 |
| Disch. Bank | 245 3/16—1/2 | 246 3/16—1/2 | 24 7/16—1/2 | 24 7/16—1/2 |
| Dresdner Bk. | 152 1/16 | 152 7/16—1/2 | 148 1/2—1/2 | 148—1/2 |
| Oesterr. Cred. | 194 3/16—1/2 | 200 1/2—1/2 | 196 1/2 | 195 1/2—1/2 |
| Russenbank | 134 3/16—1/2 | 134 3/16—1/2 | — | — |
| Dynam. Trust | 155 1/2—1/2 | 159 3/16—1/2 | — | — |
| Hamb. Packet | 114 7/16 | 114 7/16—1/2 | 110 1/2—1/2 | 110—1/2 |
| Nordd. Lloyd | 92 7/16—1/2 | 92 7/16—1/2 | 90 1/2—1/2 | 89 5/16—1/2 |
| Siemens | — | — | — | — |
| Gr. Berl. Strb. | 132 1/2 | 132 1/2 | 178—1/2 | 177 7/16—3 |
| Bismarcksanl. | 86 3/16—1/2 | 87—1/2 | — | — |
| Russen v 1902 | 83 1/2 | 83 1/2—1 | — | — |
| Bochumer | 223 1/2 | 224 1/2—1/2 | 220 1/2 | 219 1/2—1/2 |
| Laura | 204 1/2—1/2 | 204 1/2 | 197 1/2—1/2 | 196 3/16—1/2 |
| Gelsenkirch. | 190 3/16 | 191 1/2 | 175 1/2—1/2 | 185 1/2—1/2 |
| Harpener | 194 3/16—1/2 | 195 1/2—1/2 | 189 3/16—1/2 | 189—1/2 |
| Phönix | 178 1/2 | 178 7/16 | 174 1/2—1/2 | 174 1/2—1/2 |
| D.-Luxemb. | 155 1/2—3 | 156 1/2—3 | 148 1/2—3 | 148 1/2—4 |
| Dortmunder | 62 1/2—2 | 62 1/2—2 | — | — |
| A. E. G. | 224 1/2—1/2 | 223 7/16—1/2 | 219 1/2—1/2 | 219 1/2—3 |

Vorprämien per März: Lombarden 18 3/16—1 1/16, Baltimore 148 7/16 bis 3, Canada 178 5/16, Türken —, Darmstädt. Bank —, Bochumer 227 1/2—4 1/2, Laura 204 1/2—4, Gelsenkirchen 192 1/2—4, Phönix 180 1/2—4 1/2, Harpener 190 1/2—4, A. E. G. 227 1/2—4 1/2.

### Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen, von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 26. Jan.

| | Geld | Brief | | Geld | Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Adler-Kali V.-A. | 54 | 56 | Hugo | — | 2500 |
| Alexandershall | 6900 | 7050 | Immenrode | 3200 | 3400 |
| Beisenrode | 4600 | 4800 | Johannashall | 3300 | — |
| Burbach | 11,250 | 11,600 | Justus I | — | 69 |
| Carlsfund | 5650 | 5750 | Kaiserode | 6650 | — |
| Caselleshall | — | 35 | Krügershall-Akt. | 74 1/8 | 75 1/8 |
| Desdemona | 5500 | — | Ludwigshall | 72 | 74 |
| Disch. Kali-Akt. | 98 | 99 | Neustadtfurt | — | 9000 |
| Deutschland | 3150 | 3250 | Reichskrone (Lossa) | 1000 | 1100 |
| Friedrichshall | 91 | 93 | Roland | — | 50 |
| Gitekauf Sondershausen | — | 15,600 | Ronneberg (Akt.) | 117 | 119 |
| Günthershall | 4000 | 4150 | Rothenberg | 1500 | 1550 |
| Hansa Kal Akt | 27 | 28 | Sachsen-Weimar | 2550 | — |
| Hansa | 2830 | 2950 | Schlesterkante | 250 | 300 |
| Hattorf Vorz.-A. | 79 | 81 | Siegfried I | 3050 | 3650 |
| Heldburg | 54 1/2 | 55 | Sigmundshall | 127 | 130 |
| Heldrungen I | 1200 | 1250 | Teutonia-Akt. | 122 | 125 |
| Heldrungen II | 1050 | 1125 | Wilhelmshall | 9300 | 9500 |
| Hermann II | 1785 | 1835 | Wintershall | 11,600 | 12,100 |
| Hohenfels | 6100 | 6150 | | | |
| Hohenzollern | 3200 | 3400 | | | |

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090127010/fragment/page=0005

# Berliner Börse, 26. Jan. 1909

Die Rubrik in Quadratschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.Jan. | 1.4.Apr. | 1.7.Juli | 1.10.Okt. | 1.1.,7. | 1.4.,10. | 15.3. | 15.6. | 15.9. | 15.12. | 15.1.,7. | 15.4.,10. | 1.1.,6.,12. | 1.3.,9. | 1.5.,11. | 1.2.,8.,11. | 1.3.,6.,9.,12. | 1.5.,11. | 15.5.,11. | 1.verschied. | 1.2.,8.,11. | 1.3.,6.,9.,12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta = 80 Pf. — Gest. 1 G. Gold = 2 Rbl. Währ.: 1.70, 1 Fr.: 0.68, 1 fl. sudd.: 1.2, — 1 fl. holl.: 1.70, — 1 Milreis: 2.25, 1 Peso: 4.— 1 Dollar: 4.20, 1 Pfund: 20.40, 1 Kr.: 0.90, 1 Rbl.: 2.16.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 2⅛%. Nachdruck verb.

| Ditsch. Fds. u. Staats-Pap. | | |